

אנא בכו! ודע וזכור אתה אהרן עזר ואהרן בנותי על קול  
ורקו להם אום שלוחיהו! כהנים ליום והישראלים בני עמיהו,  
מן ומשם נשחטם בני עמיהו! וזכרתם ליום באחד מסבת ביות  
החיים וזכרתם וזכרתם היות לא דוד ולא המשיח ביהיות  
וקראו עם החרודי באחד בקורת. ונחברו לאברהם והענין  
ביר החרודי.  
עם החרודי אלו נוד בפרות וכן חשבונו יחד בשם מות.  
ענינים אלה בלילה ויום עשות וששום במחשבו! והענין  
ענין ענין.  
והענין והענין יחד כהן חרודי, וכן שיה אנו וזכור וזכור,  
הענין כהן חרודי עשה וזכור! והענין חרודי וזכור כהן לו חרודי,  
וקראו קרוביהו כלם כהניהו ובקורת והענין והענין ענין  
מלכות ביהיות.  
ובכחור החרודי והענין על לוח, ועל חרודים ענין חרודי חרודי.  
הענין אום חרודי והענין אום חרודי, ששום אום חרודי חרודי חרודי.  
הענין חרודי חרודי חרודי חרודי, וכן חרודי חרודי חרודי חרודי.  
בששום חרודי חרודי חרודי חרודי, וכן חרודי חרודי חרודי חרודי.  
ובקורות חרודי חרודי חרודי חרודי, וכן חרודי חרודי חרודי חרודי.  
והענין חרודי חרודי חרודי חרודי, וכן חרודי חרודי חרודי חרודי.  
על הענין חרודי חרודי חרודי חרודי, וכן חרודי חרודי חרודי חרודי.

# Die verlorene Mitte

## Juden und Christen in Frankfurt am Main bis zur Errichtung der Judengasse im Jahr 1460

Zusammenfassung der Vorträge und der Diskussion "Wie erinnern?"  
der Tagung vom 23. Juni 2021 bis zum 25. Juni 2021 in Frankfurt am Main

Herausgegeben von Dorothea Weltecke und Jörn R. Christophersen



# Die verlorene Mitte

Juden und Christen in Frankfurt am Main bis zur Einrichtung der  
Judengasse im Jahre 1460

Zusammenfassung der Vorträge und der Diskussion „Wie erinnern?“  
der Tagung vom 23. Juni 2021 bis zum 25. Juni 2021 im Haus am Dom (Frankfurt am Main)

Herausgegeben von

Dorothea Weltecke und Jörn R. Christophersen

Frankfurt/Berlin 2021



**Die verlorene Mitte. Juden und Christen in Frankfurt am Main  
bis zur Einrichtung der Judengasse im Jahre 1460:  
Zusammenfassung der Vorträge und der Diskussion „Wie  
erinnern?“**

**Inhaltsverzeichnis**

1. Zeitstrahl	3
<b><i>I. Jüdisches Leben in Frankfurt: Ortslagen</i></b>	<b>  5</b>
2. Dorothea Weltecke: Begrüßung	5
3. Michael Lenarz: „Das erste Frankfurter Judenquartier – Zeitreise zu einem unsichtbaren Ort“ (Stadtrundgang)	10
4. Elisabeth Hollender: „Die Erinnerung an die Frankfurter Verfolgungen von 1241 in der Liturgie“ (Keynote)	28
<b><i>II. Aspekte von Praxis und Norm</i></b>	<b>  30</b>
5. David Schnur: „Das jüdische Viertel Frankfurts in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts“	30
6. J. Friedrich Battenberg: „Normative Entwicklungen der christlich- jüdischen Beziehungen im Spätmittelalter“	33
7. Jörn R. Christophersen: Kommentar	35
<b><i>III. Das Innere der Gemeinde</i></b>	<b>  41</b>
8. Ephraim Shoham-Steiner: „Frankfurt and Cologne – Two Medieval Ashkenazi Communities where Rabbis Were Not in The Foreground“	41
9. Rachel Furst: „The Price of Survival: Rabbinic Deliberations in the Aftermath of the Frankfurt Persecutions of 1241“	43

<b>IV. Vertreibung aus der Mitte</b>	46
10. Rainer Barzen: „Stadtumbau – Motivation und Kontext zur Verlegung und Überbauung jüdischer Wohnquartiere im Spätmittelalter“	46
11. Jörg Feuchter: „Die Rolle Kaiser Friedrichs III. bei der Entstehung der Judengasse“	51
12. Fritz Backhaus: „Der Konflikt um die Umsiedlung der Frankfurter Juden und die Einrichtung eines Ghettos“	54
13. Mareike Hartmann: Kommentar	56
<b>V. Wie erinnern?</b>	59
14. Adrian Dietzschold: „Die Unsichtbarkeit der Mitte – Bericht über eine Spurensuche“	59
15. Rainer Barzen: „Bemerkungen zur heutigen Situation vor Ort“	62
16. Christian Buschmann: „Zusammenfassung der Diskussion ‚Wie erinnern?‘“	63
17. Gabriela Schlick-Bamberger: „Einige Gedanken zum Umgang mit der Erinnerung an die ‚Verlorene Mitte‘“	66
18. Christian Buschmann: Vorschlag zur Diskussion ‚Wie erinnern?‘“	70
Literaturliste	74
Medienresonanz auf die Tagung	76
Alphabetisches Verzeichnis der Referentinnen und Referenten sowie der Teilnehmenden an der Diskussion ‚Wie erinnern?‘“	77
Konferenzübersicht (Rückumschlag)	

## Zeitstrahl: Die Anfänge der jüdischen Gemeinde in Frankfurt

Frühes 12. Jahrhundert	Erste jüdische Gemeinde in Frankfurt südlich des Doms
12. und 13. Jahrhundert	Neue Häuser, Synagoge, Mikwe entstehen. Friedhof wird eingerichtet, von zentraler Bedeutung für die Region mit ältesten Grabsteinfunden Soziale und wirtschaftliche Kooperation
1241	Pogrom: älteste dokumentierte Verfolgung der Juden in Frankfurt
1349	Pogrom: Brand des Bartholomäusstifts wegen Pogrom sowie Erweiterung des Baus Richtung Süden auf Kosten jüdischer Häuser
Ab 1360	Erneute Ansiedlung von Juden in Frankfurt
13. und 14. Jahrhundert	Soziale und wirtschaftliche Kooperation
14. Jahrhundert	Tätigkeit jüdischer Ärzte im benachbarten Hospital zum Heiligen Geist belegt
1442	Kaiserliches Mandat zur Entfernung der Juden aus dem Zentrum
1458	Kaiserliches Mandat zur Entfernung der Juden aus dem Zentrum
Jüdische Eingaben gegen die städtischen Umsiedlungspläne werden abgewiesen	
1460er Jahre	Einrichtung der Judengasse

1.

## I. Ortslagen

### Begrüßung

Dorothea Weltecke (ehemals Frankfurt/jetzt Berlin)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kommilitoninnen und Kommilitonen,

nach diesem aufschlussreichen Stadtspaziergang mit Herrn Lenarz im ehemaligen Siedlungsgebiet der Frankfurter Juden möchte ich Sie jetzt herzlich hier im Großen Saal des Hauses am Dom und vor Ihren Bildschirmen zu unserer Tagung willkommen heißen. Ich freue mich sehr, dass wir die Möglichkeit haben, in einem so unverhofft geräumigen Saal zusammensitzen und gemeinsam über die Geschichte des mittelalterlichen Zentrums der Stadt und über die Erinnerung daran nachzudenken.

Ich bin Professorin für die Geschichte des Mittelalters hier an der Goethe-Universität. Ich bin weder Spezialistin für die Geschichte Frankfurts noch für die Geschichte der Juden. Aber seit ich 2017 hier meinen Dienst angetreten habe, bin ich beeindruckt von den beiden jüdischen Museen und vom ehemaligen jüdischen Friedhof. Ich interessierte mich für die Lage der mittelalterlichen jüdischen Häuser und der Synagoge in der Nachbarschaft des Domes und für den Prozess ihrer Verlegung bis zum Jahr 1460. Dabei hat mich überrascht, dass trotz der wirklich bedeutenden Forschung zur jüdischen Gemeinde Frankfurts wichtige Quellen des 15. Jahrhunderts noch nicht gut publiziert zugänglich sind. Es gibt noch viele wissenschaftliche Fragen, die man über das Zusammenleben, die Gewalt und über die Etappen der Vertreibung stellen kann.

Das Ziel dieser Tagung soll daher sein, den Stand der Forschung zu diskutieren, neue Fragen zu stellen und auch eine Quellenedition auf den Weg zu bringen. Ich freue mich, maßgebliche Spezialistinnen und Spezialisten, die auf diesem Gebiet gearbeitet haben, für diese Tagung begrüßen zu können. Ihre Forschungen werden einen genaueren Blick auf Frankfurt erlauben und zugleich die Konstellationen in Frankfurt im größeren Rahmen der deutschen Lande vergleichen und einordnen.

Das ist besonders wichtig, weil es in den deutschen Landen gar nicht unüblich war, dass Juden und Christen gemeinsam die Mitte der mittelalterlichen Städte bewohnten. Es gehörte in vielen Städten also zum Alltag, dass Juden und Christen tatsächlich Nachbarn waren, dass sie

einander begegneten, auf dem Weg zum Markt oder auf dem Weg zum Beten. Ihr wirtschaftliches und deshalb notwendig auch ihr soziales Leben war vielfach verflochten.

Vorherrschend in unserer historischen Vorstellung ist dagegen eine Separation von Juden in einem Ghetto oder in einem verachteten Gebiet der Stadt. Das liegt auch daran, dass in den mittelalterlichen Stadtkernen, die es in Deutschland noch gibt, in der Regel nichts mehr an die Lage der Häuser und der Synagogen der Juden erinnert, nachdem sie im 15. Jahrhundert von dort vertrieben wurden. Nur wenige städtische Synagogen sind erhalten, noch weniger Mikwen. In vielen Orten ist keinerlei Gerät übriggeblieben, Manuskripte sind verloren und die Hinterlassenschaften der Juden wurden zerstört und zerstreut. Deshalb haben sich die Frankfurter Museen dazu entschieden, ihren Darstellungshorizont auf die Neuzeit zu begrenzen: Aus der Zeit vor 1460 gibt es so gut wie keine Zeugnisse.

Auch darin ist Frankfurt ein typischer Fall. Durch den Verlust des kulturellen Erbes, die Zerstörung und Überbauung ehemaliger kultischer Zentren ist ein mythisches Bild einer einheitlich christlichen städtischen Kultur des Mittelalters entstanden. Dieser Einheitsmythos wurde immer wieder und wird auch im Augenblick zu einer tödlichen politischen Gefahr, der auch wir Historikerinnen und Historiker begegnen müssen, weil nicht zuletzt unser Fach für seine Ausformulierung mitverantwortlich war.

Wir möchten also Geschichte erforschen, aber wir verstehen dies nicht als Aufgabe, die nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler etwas angeht. Umso mehr freue ich mich, dass diese Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum und dem Haus am Dom stattfinden kann und wir Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Kultur gewinnen konnten, mit uns über unsere gemeinsame Geschichte nachzudenken.

Organisiert wurde diese Tagung von meinen Kollegen Jörg Feuchter von der Berlin-Brandenburgischen Akademie zu Berlin, von Jörn Christophersen von der Goethe-Universität und von mir. Finanziert wird diese Veranstaltung von der DFG-Kollegforschungsgruppe POLY – Polyzentrik und Pluralität vormoderner Christentümer, die meine Kollegin Birgit Emich und ich im vergangenen Wintersemester eingerichtet haben. In dieser Kollegforschungsgruppe denken wir über die Entstehung der vielen verschiedenen Zentren in der Geschichte der Christentümer nach. Zentren entstehen nicht einfach auf Befehl, sondern weil Menschen dort besonders intensiv miteinander umgehen, weil hier Gestaltungshoheit oder Autorität nicht nur eingefordert, sondern auch zugeschrieben und herangetragen wird. Zentren sind also Orte verdichteter Aktionen und Kommunikation von Menschen in einer im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit insgesamt sehr polyzentrischen Welt. In diesem konzeptionellen

Rahmen ist die Geschichte von der jüdischen und christlichen Besiedlung der Frankfurter Mittelebene ebenfalls sehr aufschlussreich.

Zwar war Frankfurt weder ein bedeutendes kirchliches noch ein rabbinisches Zentrum – in dieser Hinsicht war die Stadt das Hinterland von Mainz. So gehören der Bischof und die Gelehrten der jüdischen Gemeinde von Mainz gewissermaßen auch zur Frankfurter Geschichte dazu. Zugleich bündelte aber auch die Stadt Frankfurt einige christliche und jüdische Funktionen. So befand sich hier ein großer jüdischer Friedhof, der die Frankfurter Juden im Rang über die Gemeinden der Region erhob. Hier war das Stift Bartholomäus, das nicht nur in geistlichen Angelegenheiten in Frankfurt Autorität beanspruchte, sondern im späten Mittelalter die Kulisse für die Wahl der deutschen Könige und Römischen Kaiser stellte. An der komplexen Entstehung dieser Zentralfunktionen, an der viele Akteure beteiligt waren, sieht man die Mechanismen, für die wir uns in POLY interessieren.

Aber auch das Gegenteil kann geschehen, Zentren können untergehen. Sie können verschwinden, wenn niemand sie mehr nachfragt, aufsucht, bestätigt und fördert – aber auch, indem man sie zerstört. Das jüdische Zentrum wurde geschwächt, in dem im späten Mittelalter immer mehr Auflagen die Benutzung des jüdischen Friedhofs für Nachbargemeinden unattraktiv machten und so die Bedeutung der Frankfurter Juden schmälerten. Das architektonische und kulturelle Zentrum der Stadt Frankfurt wurde mit der Vertreibung der Juden verdeckt, weil die Gebäude aus der Nachbarschaft des Stiftes St. Bartholomäus verschwanden oder umgenutzt wurden. Damit änderten sich Ansichten, Wege und Begegnungen und auch die Geräuschkulisse an All- und Festtagen. Zugleich entstand durch Zwang und Verordnung ein neues Zentrum in der Judengasse, das die Juden so weit wie möglich mitgestalten wollten. Dieses neue Zentrum wirkte weit in die moderne Welt hinein.

Wir freuen uns, dass wir diese Tagung als Teil dieses Forschungsprojektes durchführen können. Unser Anliegen ist es dabei nicht zuletzt auch zu zeigen, dass die Geschichte der Christen ohne die Geschichte der Juden nicht zu schreiben ist. Dabei haben wir erst angefangen darüber nachzudenken, was dieser Satz überhaupt bedeutet. Wenn die jüdische Geschichte nicht mehr ein angehängtes Extrakapitel der Geschichte der mittelalterlichen Kultur wäre, wenn sie nicht ein Sondergebiet wäre, das für den Rest der Geschichtsschreibung gar keine Folgen hat, sondern ein integraler Bestandteil – was wäre denn dann? Was wäre denn anders gewesen? Im Augenblick sind wir noch weit entfernt davon, diese Frage zu beantworten.

Unsere Hoffnungen ruhen dabei auch auf der nächsten Generation von Historikerinnen und Historikern, auf Studierenden und jungen Forscherinnen und Forschern, die auf dieser Veranstaltung auch vertreten sind. Im letzten Semester hatte ich die Gelegenheit, mit

Studierenden das Areal von Dom und Altstadt im Detail zu besehen. Selbst Ortsansässige waren überrascht, dass die Judengasse nicht der ursprüngliche Ort der jüdischen Häuser in Frankfurt gewesen ist. Wir haben uns über die mangelnde Sichtbarkeit gewundert. Wenn man lernt, dass im verheerenden Pogrom von 1348 der Dom in Teilen abgebrannt ist, weil Brandstifter die Häuser der Juden angezündet hatten, die direkt danebenstanden, dann fragt man sich, warum man in Frankfurt nur an die Schäden von 1945, nicht jedoch an die Schäden von 1348 erinnert. Über die Pogrome von 1241 und von 1348, aber auch über das Zusammenleben haben wir Quellen gelesen und uns mit der Forschung auseinandergesetzt. Mich persönlich hat die Tätigkeit jüdischer Ärzte im Dienst der Stadt und am Hospital zum Heiligen Geist besonders beeindruckt, denn das ist tatsächlich eine Besonderheit in den deutschen Landen. Auch der Umstand, dass die Juden im 14. Jahrhundert den Friedhof und die Synagoge bei wohlhabenden christlichen Familien um eine Rente verkauften, also in heutigen Worten einen Kredit bei Christen aufgenommen hatten, hat mich beeindruckt. Denn immer wieder lesen wir die letztlich auf polemische Quellen zurückgehende Behauptung, die Christen hätten im Jahr 1348 die Morde an den Juden verübt, weil die Christen bei ihnen verschuldet gewesen seien. Tatsächlich waren die Frankfurter Juden bei den Christen verschuldet, und diese konnten hoffen, durch ihre Morde die jüdischen Liegenschaften ganz an sich zu bringen. Offensichtlich lohnt es, die Quellen weiterhin zu befragen, um unser Bild von den mittelalterlichen Jahrhunderten zu korrigieren und zu differenzieren.

Bei unseren Studien hatten wir mit einigen bedeutenden Spezialisten zu tun, von denen wir nun die Freude haben, sie hier auch auf der Tagung persönlich begrüßen zu können. Ich darf Ihnen den Gang der Tagung erläutern. Wir haben heute zwei Sektionen vor, deren erste sich mit den Konstellationen jüdischen Lebens in Frankfurt und im Späten Mittelalter überhaupt befassen wird. Dazu konnten mit David Schnur und Friedrich Battenberg zwei Kollegen gewonnen werden, die beide maßgeblich auf diesem Gebiet forschen. David Schnurs Dissertation zu den Frankfurter Juden ist das Standardwerk geworden, das wir alle auf dem Tisch haben. Friedrich Battenbergs langjährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Geschichte der Juden und der Geschichte des Antisemitismus ist allgemein bekannt. Mit Jörn Christophersen, der zur Geschichte der Juden in Berlin und Brandenburg promoviert hat, werden wir versuchen, die Fragen und Ergebnisse zu bündeln.

Anschließend wenden wir uns der inneren Situation in der jüdischen Gemeinde zu. Dies geschieht im Vergleich zur Situation im jüdischen Köln und in der Folge des Pogroms von 1241, von dem wir gestern bereits gehört haben. Die Judaist:innen Ephraim Shoham-Steiner und Rachel Furst sind international anerkannte Spezialist:innen mit einer besonders intimen

Kenntnis der rabbinischen hebräischen und aramäischen Quellen für die Geschichte der Gemeinden in Aschkenas. Sie verbinden diese Spezialisierung mit neuesten Methoden der kulturhistorischen Forschung. Elisabeth Hollender beobachtet diese Beiträge ebenfalls aus jüdischer Perspektive und führt uns durch eine Abschlussdiskussion.

Am Freitag haben wir uns wiederum zwei Etappen vorgenommen. Wir werden zunächst im Detail die topographischen Fragen der Anlage und der Veränderung jüdischer Ansiedlung in deutschen Landen und in Frankfurt bearbeiten. Rainer Barzen, Historiker und Judaist, Jörg Feuchter, Arbeitsstellenleiter bei den Regesta Imperii und Spezialist für die Urkunden Kaiser Friedrich III. sowie Fritz Backhaus, der Ihnen allen als Spezialist für die Geschichte der Juden in Frankfurt und durch seine leitende Tätigkeit im Jüdischen Museum bekannt ist, führen uns an dieses Problem heran. Sie untersuchen die unterschiedlichen Akteure der Vertreibung der Juden aus der Mitte der Stadt. Mareike Hartmann, die über die Quellen des jüdisch-christlichen Zusammenlebens im Bodenseeraum promoviert, wird den Gang der Vorträge kommentieren und zur Abschlussdiskussion überleiten.

Denn am Ende dieser Tagung wollen und müssen wir über die Gegenwart sprechen. Die Beschäftigung mit dieser Phase der Frankfurter Geschichte geht weder allein die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler etwas an, noch betrifft sie allein die Judaistik, geschweige denn nur die Jüdinnen und Juden. Die Frage, was es denn bedeutet, dass es hier ein gemeinsames Zentrum gab, dass es Gewaltverbrechen gab, die Frankfurter Christen an Frankfurter Juden ausübten, dass es keine mittelalterliche Einheitskultur gab – all das geht uns auch in einer Gegenwart etwas an.

In der neuen Altstadt gäbe es jetzt eine Chance, an die gemeinsame Geschichte und an das Unrecht, das die jüdische Gemeinde von Frankfurt durch Gewaltverbrechen und Raub erfuhr, zu erinnern. Darüber möchten wir am Ende der Veranstaltung nachdenken. Einführen werden uns dabei drei kurze Impulse, ein Grußwort des Hausherrn, Herrn Stadtdekan zu Eltz, eine Betrachtung des Südportals des Doms von dem stellvertretenden Direktor des Städel-Museums, Herrn Sander, sowie eine Spurensuche in den städtischen öffentlichen und digitalen Räumen von Adrian Dietzschold, Masterstudent der Goethe-Universität.

Wir möchten Sie gern einladen, sich aktiv an dieser Diskussion zu beteiligen. Dazu können Sie alle Vorschläge und Anregungen einreichen. Diese werden wir nach der Veranstaltung Vertreterinnen und Vertretern von Stadt, Kirche und Kultur weitergeben.

## Jüdisches Leben in Frankfurt: Ortslagen

### Das erste Frankfurter Judenquartier – Zeitreise zu einem unsichtbaren Ort

Michael Lenarz (Frankfurt)

Auf dieser Zeitreise erkunden wir eine bis heute nur den Eingeweihten bekannte Geschichte der Frankfurter Altstadt.



*Weckmarkt nach Osten, 2018*

Wir beginnen auf dem Weckmarkt. Einziges Relikt der mittelalterlichen Bebauung außer dem Dom St. Bartholomäus ist das Leinwandhaus von 1399. 1944 ist es innen ausgebrannt, 1980–1983 wurde es rekonstruiert.

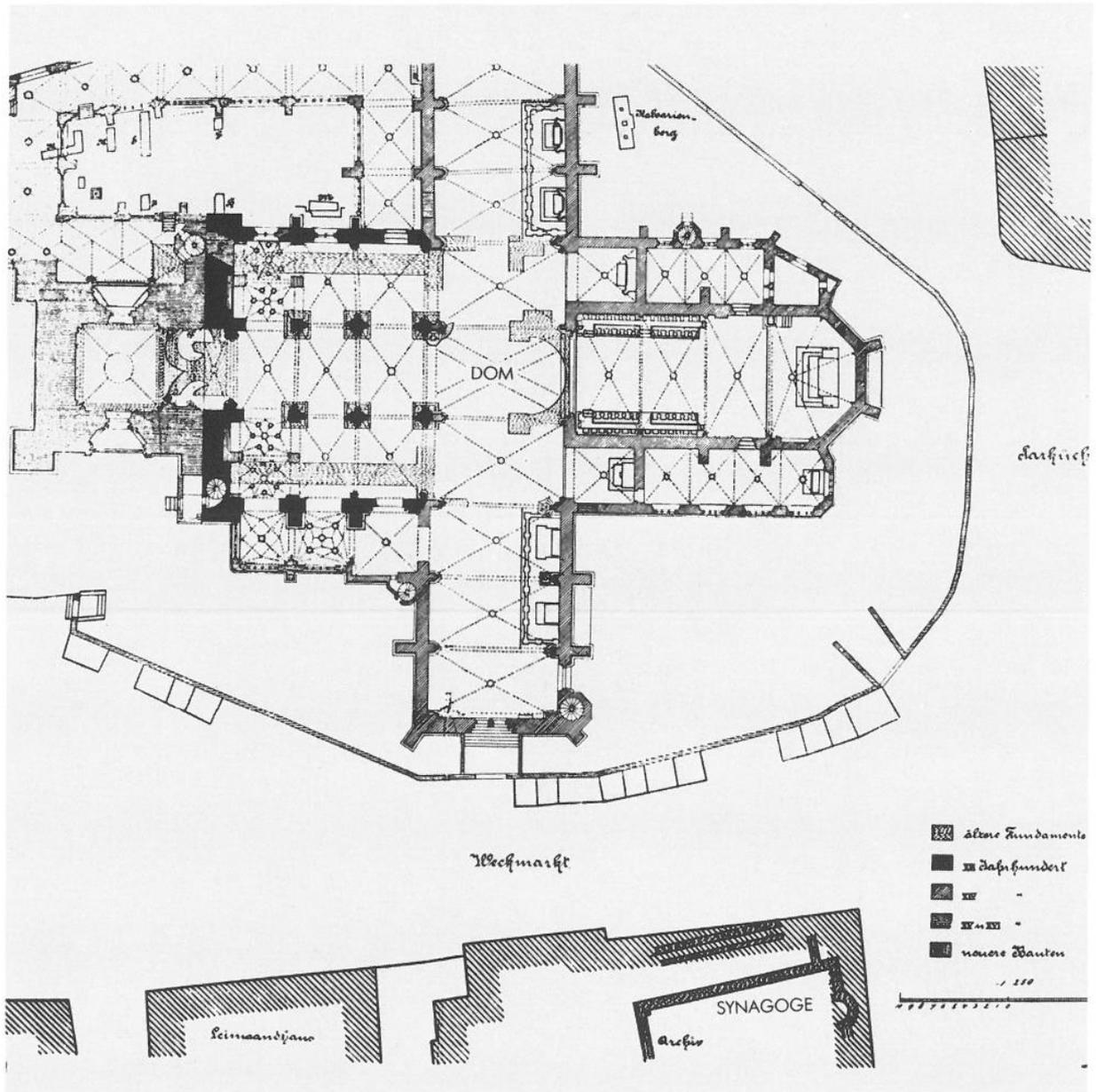


*Max Junghändel, Leinwandhaus und neugotisches Stadtarchiv (erbaut 1874-1877), 1898*  
Bis 1944 stand daneben das 1874-1877 errichtete neugotische Stadtarchiv.

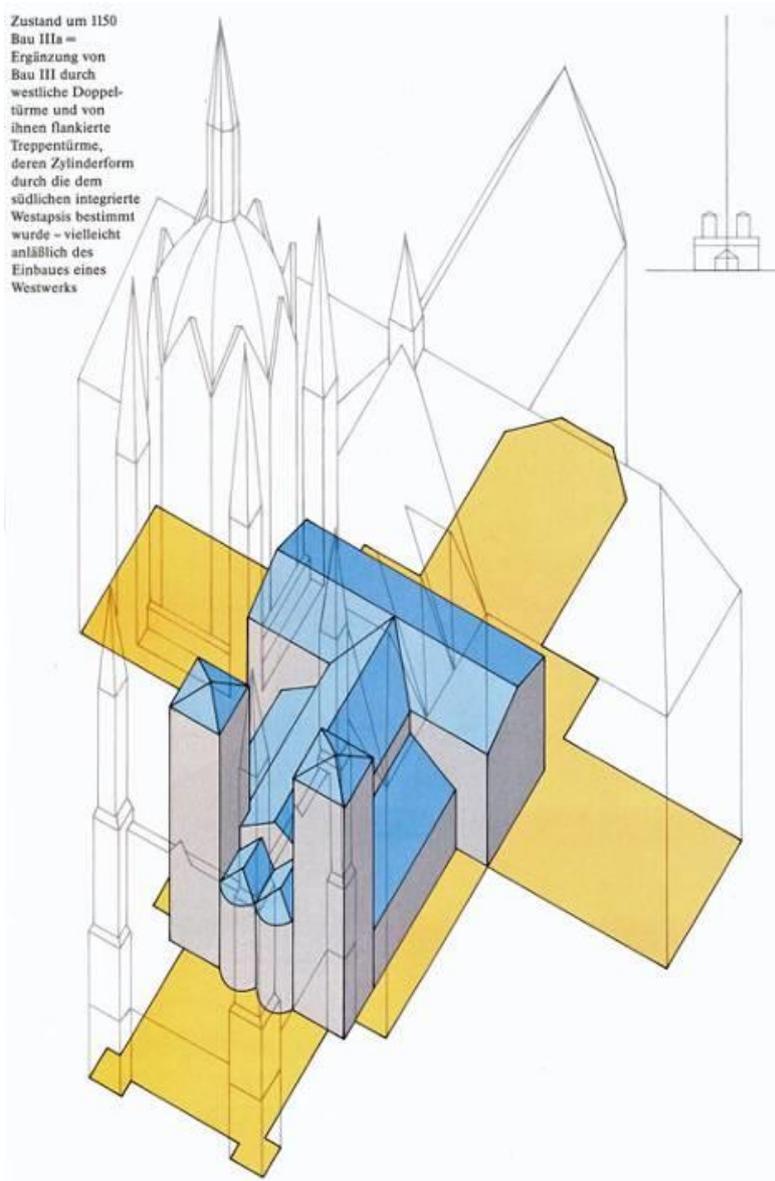


*Peter Becker, Der Weckmarkt, 1856: Leinwandhaus (1399), Stadtwaaage (1503) und Bestätteramt (1589)*

Vor dem Bau des Stadtarchivs standen auf dem Areal die Stadtwaaage von 1503 (links) und das Bestätteramt von 1589 (Mitte), ein Zollamt



2. Synagoge am Dom, 12. Jahrhundert, Fundamentreste  
 Ausgrabungsbefunde beim Bau des Stadtarchivs 1874



*Salvatorkirche um 1150*

Beim Abbruch der Stadtwaage und den Ausschachtungsarbeiten für das Stadtarchiv kamen die Fundamente der romanischen Synagoge zum Vorschein, die schräg gegenüber der Salvatorkirche / St. Bartholomäus lag. Sie bildete 300 Jahre lang, von etwa 1170 bis 1462 das Zentrum jüdischen Lebens in Frankfurt



*Große Fischerstraße nach Nordwesten, 2018*

In der Großen Fischerstraße hinter dem Leinwandhaus lagen die anderen Gemeindebauten, z. B. das Tanzhaus, an dessen Stelle 1589 das Bestätteramt errichtet wurde, und dessen südlicher Anbau, der vielleicht eine Talmudschule mit Bethaus enthielt. Das Gebäude hieß nämlich bis ins 19. Jh. „Alte Judenschule“.



*Stadtplan von Matthäus Merian d.Ä., 1628*



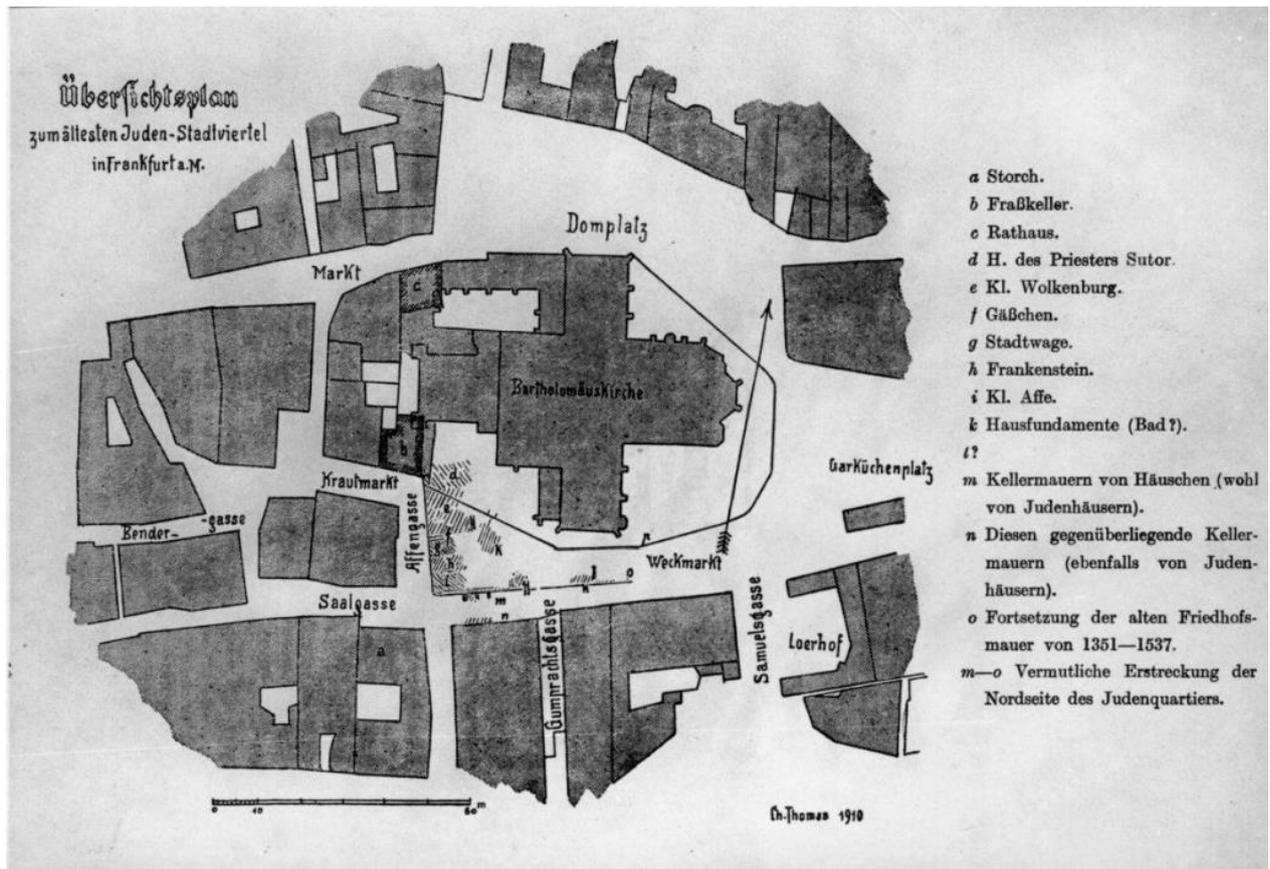
*Carl Theodor Reiffenstein, Die Alte Judenschule, 1870*

Nach der Errichtung der Judengasse wurde das Gebäude vom Rat der Stadt übernommen und als Zeichen des städtischen Eigentums mit dem Stadtwappen versehen, das schon auf dem Merianplan zu sehen ist und bis zum 19. Jh. erhalten blieb.



*Peter Becker, An der Schmidtstube, 1872*

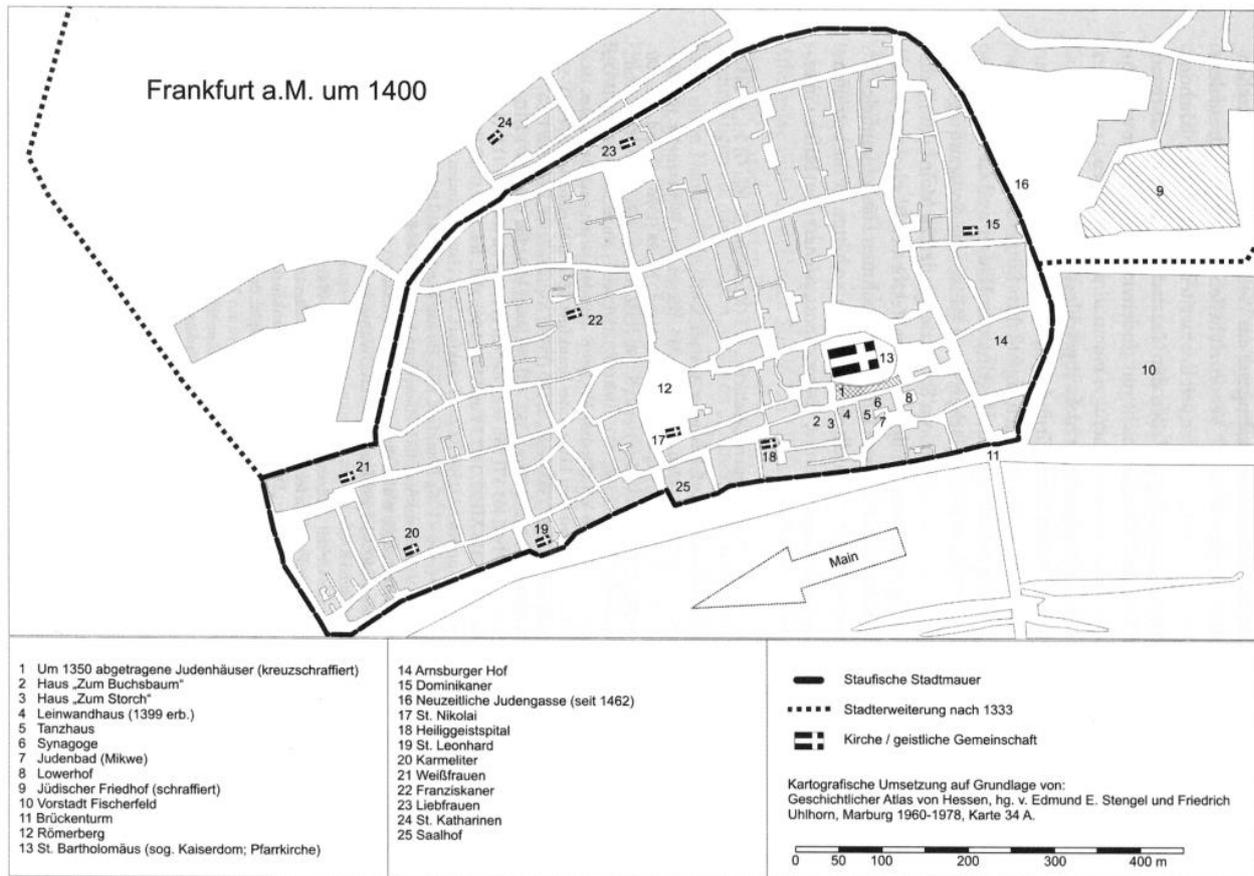
Das kleine Gebäude, auf dessen Giebel wir in dieser Zeichnung schauen, enthielt wahrscheinlich das Ritualbad, die Mikwe. Diese Zeichnung zeigt zwar die Nachfolgebauten der jüdischen Gemeindevorrichtungen, macht aber dennoch deutlich, wie sie sich in Form eines Gemeindezentrums um den Synagogenhof gruppierten.



*Ausgrabungen von Christian Ludwig Thomas auf dem Weckmarkt, 1897: Die Nordseite des Judenquartiers*

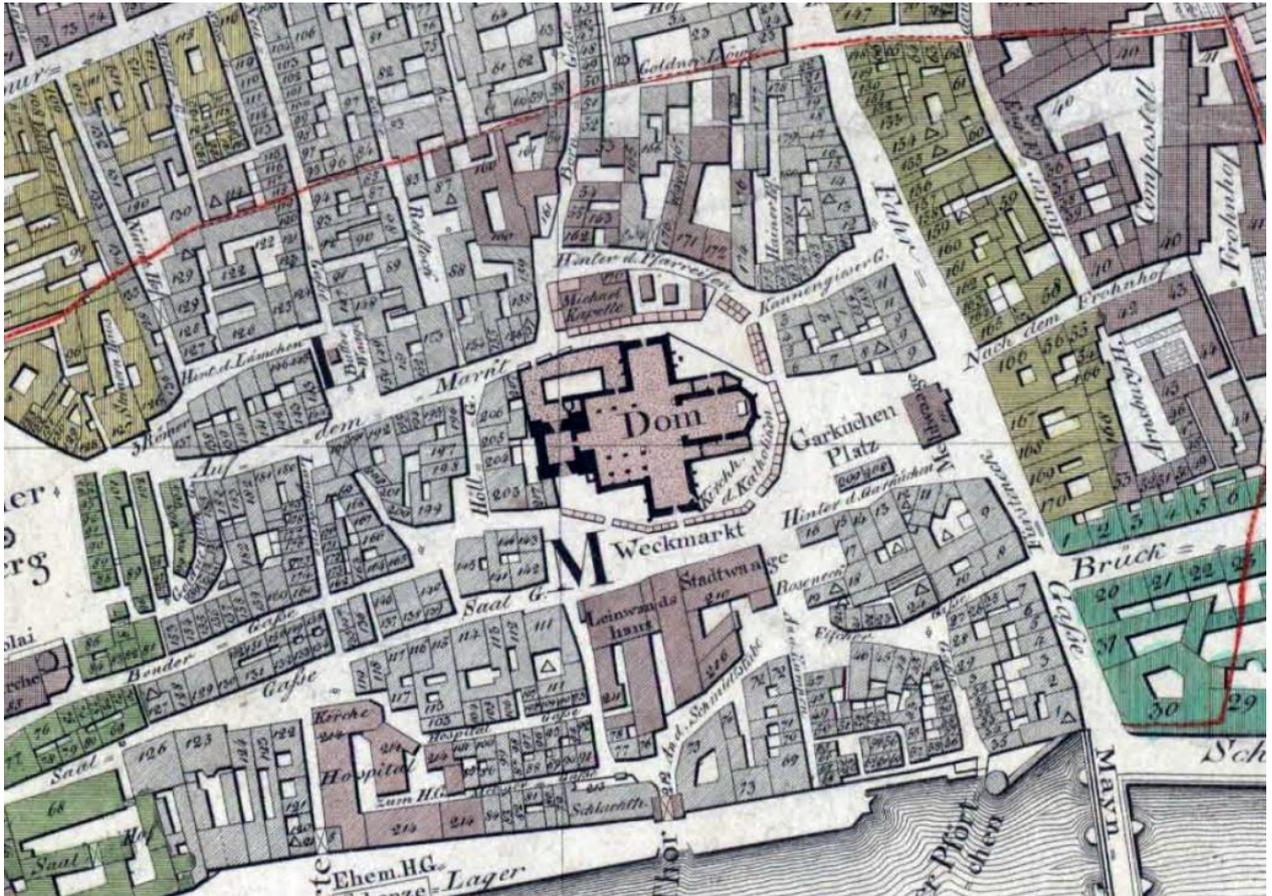
Rund um das Gemeindezentrum, vor allem entlang der Saalgasse und am Weckmarkt lagen die Wohnhäuser der Frankfurter Juden mitten zwischen Wohnhäusern von Christen. Sie waren teils Eigentum der jüdischen Familien, teils von Christen angemietet. Das jüdische Wohnquartier wurde von der schmalen Judengasse in Verlängerung der Saalgasse durchquert. Die Wohnhäuser nördlich dieser Gasse reichten bis dicht an die Kirche heran. Bei Ausgrabungsarbeiten 1897 wurden ihre Fundamente entdeckt. Beim Pogrom von 1349 wurden sie durch Brand zerstört und vom Bartholomäusstift, dem das Areal gehörte, dem Friedhof rund um die Kirche zugeschlagen, dessen Fläche durch den Bau des Querhauses stark reduziert wurde.

Die Querstraßen Affengasse, Gumprachtgasse und Samuelsgasse sind nach einem von Juden bewohnten Haus bzw. nach jüdischen Bewohnern benannt. In diesem Plan wird auch sichtbar, wie nahe das Judenquartier nicht nur dem religiösen, sondern auch dem politischen Zentrum der Stadt war, da sich damals das Rathaus unmittelbar neben der Kirche befand.



### *Das Judenquartier um 1400*

Das gesamte jüdische Wohngebiet reichte von der Heiliggeistkirche im Westen bis zum Arnsburger Hof im Osten, dessen Areal zwischen Fahrgasse und Kurt-Schumacher-Straße lag.



*Stadtplan von Christian Friedrich Ulrich, 1811*

Die von den führenden jüdischen Familien Frankfurts bewohnten Häuser waren hochpreisige und repräsentative Gebäude, die häufig zuvor oder später Frankfurter Patriziern gehörten wie z. B. Haus Fürsteneck zwischen Garküchenplatz und Fahrgasse. Der große Hauskomplex Storch, Buchsbaum und Katzenelnbogen gehörte bis 1462 jüdischen Familien. Der Hausname Storch hat sich bis heute an Ort und Stelle erhalten.



*Dom St. Bartholomäus, Südportal, 1350/51*

Ein vielschichtiges Sinnbild der christlich-jüdischen Beziehungen im 14. Jh. stellt das 1350/51 entstandene Südportal des Frankfurter Doms dar, das aktuell leider eingerüstet ist. Es zeigt unter einer Kreuzigung mit Stifterfiguren Maria mit dem Jesuskind und die hl. drei Könige links, im oberen Register flankiert von den Kirchenpatronen Bartholomäus und Karl dem Großen. Im Giebel befinden sich im Relief zwei Prophetengestalten. Unter Karl dem Großen steht der Prophet Jesaja, der die Geburt Christi vorausgesagt haben soll, daneben der hl. Petrus.



*Josef mit Judenhut im Südportal, auf einem Drachen stehend, und Maria mit Jesuskind, auf zwei Grimassen schneidenden Masken stehend, 1351*

Die interessanteste Figur der Gruppe steht rechts von Maria, ihr Bräutigam, der hl. Joseph. Er trägt die Kleidung eines zeitgenössischen Juden und einen Judenhut. Die Bildaussage ist klar: Die Repräsentanten des alten und des neuen Bundes verehren Maria und Jesus und fordern die gegenüber wohnenden Juden auf, sich Joseph (und Petrus) anzuschließen.

Als das Portal entstand, lebten allerdings in Frankfurt keine Juden mehr. Sie waren im Vorjahr bei einem Pogrom erschlagen worden. Das Bildprogramm dürfte aber vorher entworfen worden sein und erfüllte noch über 100 Jahre den intendierten Zweck, zur Taufe aufzufordern.

Weniger theologisch, dafür drastisch sind die Konsolen, auf denen die Mittelfiguren stehen. Joseph steht auf einem Drachen als Verkörperung des Bösen, Maria mit dem Jesuskind auf zwei Masken, die eindeutig verächtliche Grimassen Richtung Synagoge und Tanzhaus schneiden.



*Dom St. Bartholomäus, Annenaltar, geweiht 1353*

Ein weiteres Zeugnis der mitunter von exzessiven Gewaltausbrüchen gekennzeichneten Beziehungsgeschichte zwischen Christen und Juden finden sich im Innern des Doms. Über dem Annenaltar im nördlichen Querschiff ist oben im Gewände des hohen Fensters eine Störung sichtbar.



*Frauengrabstein im Gewände über dem Annen-Altar, entdeckt bei der Domrenovierung 1994*  
 Diese Störung stellte sich bei der Domrenovierung 1994 als das abgeschlagene Fragment eines jüdischen Frauengrabsteins heraus, der vermutlich aus dem späten 13. Jahrhundert stammt.



*Grabsteine von Jakob, Sohn Salomons, gest. 1284, und von Israel, Sohn Mordechais, gest. 1286, entdeckt 1954 als Seitenwände des kriegsbeschädigten Annenaltars*

Schon 40 Jahre zuvor hatten sich bei Aufräumarbeiten im kriegsbeschädigten Dom die Seitenwände des gleichen Annenaltars als zwei Männergrabsteine des späten 13. Jahrhunderts. herausgestellt. Sie waren nach dem Pogrom von 1349 vom Friedhof der jüdischen Gemeinde an der Battonnstraße entwendet und als Baumaterial genutzt worden. Zahlreiche weitere Steine, die wohl ebenfalls von diesem Friedhof stammen, wurden vor 10 Jahren im Fundament der Burg Bommersheim bei Oberursel entdeckt.

Die jüdische Gemeinde war Anfang des 14. Jahrhunderts hoch verschuldet und hatte den Kredit eines Patriziers mit ihren Immobilien abgesichert. Die Erben des Gläubigers versuchten nach dem Pogrom über den Verkauf von Grabsteinen des Friedhofs einen Teil ihrer Ausstände zurückzuerhalten. 1364 einigten sie sich mit der neu entstandenen jüdischen Gemeinde über die Ablösung der Hypothek auf den Gemeindeliegenschaften. Dafür musste die Gemeinde auf eine Entschädigung für die von ihrem Friedhof entwendeten Grabsteine verzichten. Wie viele von ihnen mögen noch unerkant in den Wänden des Doms stecken?



*Stadtplan von Matthäus Merian d. Ä. (1593-1659), 1628  
und Luftbild 2017, Stadtvermessungsamt*

Im heutigen Stadtbild ist das ehemalige Judenquartier nicht einmal mehr in seinen Konturen erkennbar, wie der Vergleich des Merianplans mit einem aktuellen Luftbild zeigt. Selbst das Leinwandhaus ist eine relativ späte Zutat, denn es entstand 1399 auf dem Areal dreier Häuser, die beim Pogrom von 1349 zerstört worden waren.

An Ort und Stelle erinnert heute nichts mehr an das ehemalige Judenquartier, sieht man einmal ab von einem kleinen Denkmal im Garten am Domchor mit einer Replik des Grabsteinfragments über dem Annen-Altar, das aber dem Publikum unzugänglich ist. Sinnvoll wäre eine Erinnerungstafel direkt am Annen-Altar, der an die Zweckentfremdung der dort verbauten Grabsteine im Gefolge des Pogroms von 1349 erinnert. Auch am Durchgang zwischen den Häusern Weckmarkt 11 und 13 wäre eine Tafel angebracht, die an die dort gelegene erste Synagoge der Frankfurter Juden erinnert. Für ein plastisches Gedenken im öffentlichen Raum böte sich der kleine Platz neben dem Kassenhäuschen für die Besteigung des Domturms an, der bis 1349 zum Nordteil des Judenquartiers gehörte.

## Die Erinnerung an die Frankfurter Verfolgungen von 1241 in der Liturgie (Keynote)

Elisabeth Hollender (Frankfurt)

Als die Frankfurter Jüdische Gemeinde an die Ereignisse vom 24. und 25. Mai 1241 erinnern wollte, gab es eine Form für das Ritual: die Einfügung besonderer poetischer Texte in die Liturgie sowohl am 9. Av, an dem an die Tempelzerstörung erinnert wird, während der Hohen Feiertage im Herbst, insbesondere an Yom Kippur, als auch an einem Shabbat in der Jahreszeit, in der die Verfolgung stattfand, wie dies für die Erinnerung an die Verfolgungen jüdischer Gemeinden im Rheinland 1096 eingeführt worden war. Wir wissen, dass die Verfolgung an einem Shabbat stattfand, dem 13. Siwan, was das Modell des Gedenkens an die Verfolgungen von 1096 besonders passend erscheinen lässt.

Wir kennen heute mindestens vier Dichtungen, die speziell zur Erinnerung an die Frankfurter Verfolgung komponiert wurden, eine *qina* (Klagelied) für den 9. Av, zwei *seliḥot* (Bußdichtung) für Fasttage, und ein *zulat* (Einschub in die Benediktion nach dem *Shema Israel*) für den Shabbat am oder nach dem 13. Siwan.

- 1) וַאֲתֵאוּנָן וְאֶקוּנָן מְרָה וְאֵלֵיָּהּ, eine *qina* von Jehuda b. Moses ha-Kohen, erstmals zusammen mit dem Buch der Klagelieder und einigen anderen *qinot* des ashkenasischen Ritus 1720 in Mantua gedruckt, dann in einigen – auch östlichen ashkenasischen – Ritus, später auch in Baers Ausgabe der *qinot* des westlichen ashkenasischen Ritus für den 9. Av, weit verbreitet,
- 2) אֲשָׁא בְּכִי וְנָהִי וְאָמַר אוֹיְבָהּ, eine *seliḥa*, in einigen Manuskripten einem sonst unbekanntem Dichter namens Oshrago zugeschrieben, 1555–56 in Mahzor Ashkenaz in Saloniki gedruckt, Nachdrucke gibt es im 19. Jh. von Historikern, Hinweise für weit verbreitete Nutzung gibt es nicht,
- 3) אֵל נִקְמוֹת לַפְּנִים הוֹפְעַת, eine anonyme *seliḥa*, in mindestens einem Manuskript überliefert und in einer Studie dieses Manuskripts erwähnt, Hinweise für eine verbreitete Nutzung gibt es nicht,
- 4) אֵינְן לָנוּ אֵלֵיָּהִם עוֹד זוֹלָתָךְ, ein *zulat* von Samuel b. Abraham haLevi, überliefert in mehreren Manuskripten und einem Druck von 1714, bis in die Neuzeit in Worms verwendet.

Die Texte sind stark standardisiert, viele Formulierungen entsprechen denen aus anderen *piyyutim* zu Verfolgungen. Aber: es gibt in den poetischen Texten ein paar Details, die über das Erwartete hinausgehen und daher wohl auf zeitgenössischen Berichten beruhen. Übrig

bleibt, dass der Angriff am Freitagabend stattfand und am Samstag erneuert wurde, dass die Zahl der Getöteten mehr als 173 betrug, dass unter den angegriffenen Häusern eine Synagoge und zwei Studiensäle (ישיבות) mit Lernenden waren, dass die Synagoge zu einer Kirche umgebaut (oder zumindest mit Kreuzen markiert) wurde, dass Tore aufgebrochen wurden, dass Bogenschützen an dem Angriff auf die Studiensäle teilgenommen haben, dass 70 Juden, die in einem Wehrturm Zuflucht suchten, schließlich getötet wurden. Die poetischen Texte vermeiden es zu sagen, dass alle Frankfurter Juden getötet wurden, stattdessen beschreiben sie eine allgemeine Bereitschaft, als Märtyrer zu sterben. Das erinnert an die Hebräische Chronik zu den Ereignissen von 1096 in Trier, die es vermeidet, über die Getauften zu sprechen und sich auf die Getöteten konzentriert: Gedenkliteratur ist kein historischer Bericht, sie ist nicht einer faktischen Wahrheit verpflichtet, sondern schafft das Bild, das sie projizieren will und prägt dabei bewusst die Erinnerung der Gemeinde. Dazu gehört die positive Einstellung zum Martyrium, die die gesamte Frankfurter Gemeinde zu einer Gemeinde von Heiligen macht.

Die bekannten Dichter sind Zeitgenossen, die bewusst eine Memorialliturgie in Anlehnung an die Memorialliturgien für die Verfolgungen von 1096 schufen und so Frankfurt in eine Reihe mit den großen jüdischen Gemeinden des ausgehenden 11. Jahrhunderts, vor allem Mainz und Worms, zu stellen versuchten. Zumindest teilweise waren sie damit erfolgreich, da Frankfurt am 9. Av zusammen mit den Märtyrer-Gemeinden von 1096 erwähnt wird. Und während es keine Belege für eine Verwendung dieser Liturgie in Frankfurt nach 1711 gibt, wurde zumindest in Worms noch lange auch am Jahrestag der Frankfurter Märtyrer von 1241 gedacht.

## II. Aspekte von Praxis und Norm

### Das jüdische Viertel Frankfurts in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts

David Schnur (Saarbrücken)

Die vormoderne jüdische Geschichte der sowie die christlich-jüdischen Beziehungen in der Reichs- und Messestadt Frankfurt am Main sind auf vielfältige Weise mit konkreten Orten verknüpft, die auch heute noch im Weichbild der Mainmetropole sichtbar sind – sei es durch den bis ins 13. Jh. zurückreichenden Alten Jüdischen Friedhof an der Battonnstraße oder die im Museum Judengasse erlebbaren, baulichen Überreste der frühneuzeitlichen Judengasse. Darüber hinaus existieren in der Stadt noch zahlreiche weitere Orte, an denen jüdische Geschichte konkret erfahren werden kann, doch diese sind im öffentlichen Bewusstsein bislang leider nur schwach verankert.

Mein Beitrag, der auf eine im nordalpinen Vergleich singuläre Quellenüberlieferung zurückgreifen konnte, widmete sich just diesen historischen Orten innerhalb des jüdischen Viertels während des langen 14. Jahrhunderts. Dabei galt es insbesondere, die Veränderungen nachzuzeichnen, denen das jüdische Viertel in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts unterworfen war. Untersucht wurden hierbei ausschließlich die von Jüdinnen und Juden bewohnten Wohn- und Profangebäude. Nach dem Pogrom vom Juli 1349 (sog. Zweite Frankfurter Judenschlacht), als für rund zehn Jahre keine Juden in der Reichsstadt lebten, war zwar insbesondere das jüdische Viertel zahlreichen Veränderungen unterworfen; doch bis zur zwangsweisen Umsiedlung in die eigens errichtete Judengasse am Wollgraben 1462 blieb es das primäre innerstädtische Siedlungsgebiet für die Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Es lag inmitten der Stadt: in unmittelbarer Nähe befanden sich mit dem Bartholomäusstift als einziger Pfarrkirche das geistliche, mit der steinernen Brücke und den am Mainufer liegenden Hafenanlagen das wirtschaftliche und mit dem Rathaus, das vor seinem Umzug auf den Römerberg zu Beginn des 15. Jahrhunderts am späteren Standort der Kirchtürme des Kaiserdoms stand, das politische Zentrum der Reichs- und Messestadt Frankfurt a. M.

Bereits für das späte 13. Jahrhundert können anhand von Anniversar- und Zinsbüchern die Wohnverhältnisse von mehr als einem Dutzend jüdischer Familien nachgezeichnet werden: sie lebten innerhalb des zuvor skizzierten jüdischen Viertels als unmittelbare Nachbarn von Christen, sowohl bei jüdischen wie auch christlichen Vermietern, und auch Christen, die als Mieter bei jüdischen Wohnungseigentümern lebten, sind belegt. Die von Juden bewohnten

(Stein-)Häuser waren zudem teils namensgebend für angrenzende Straßenzüge, wie dies etwa bei Samuels-, Gumprechts- und Mosemannsgasse sowie Affen- und Storchgasse der Fall war. Restriktionen beim Erwerb von Wohn- und Grundeigentum, wie sie später üblich sein sollten, sind für das 14. Jahrhundert nicht bekannt, und so kennen wir neben im jüdischen Besitz stehenden Häusern auch Weingärten, Stallungen, Gärten und Waldparzellen.

Mit der im Juni 1349 für 15.200 Pfund Heller erfolgten Verpfändung der kaiserlichen Kammerknechte durch Karl IV. an den Frankfurter Rat, die bis zum Ende des Alten Reichs nicht mehr ausgelöst werden sollte, übertrug der König für den Fall, dass die jüdische Gemeinde alsbald ausgelöscht werden würde (*von todes wegen abgingen adir virterbit adir dirslagen wurden*), auch das bewegliche und immobile Eigentum der Frankfurter Juden an die Pfandherren, die mit dem Judenerbe im Fall des Falles nach Gutdünken verfahren konnten. Der in diesem Privileg rechtlich bereits vorweggenommene Pogrom ereignete sich nur vier Wochen später am 24. Juli 1349, einem Freitag, und beendete für rund zehn Jahre die jüdische Siedlungstätigkeit in Frankfurt gewaltsam. Der Rat als neuer Eigentümer zog die verwaisten Häuser umgehend ein, errichtete Bretterzäune gegen mögliche Plünderungen und ließ in der Synagoge gezielt nach vergrabenen Schätzen suchen.

Das jüdische Viertel veränderte sich innerhalb weniger Jahre deutlich. Die nördliche Häuserzeile des *vicus judeorum* wurde abgerissen und die dadurch freigewordenen Flächen zur Erweiterung des Friedhofs an der Bartholomäuskirche genutzt. Der Frankfurter Rat nutzte die leerstehenden Häuser teilweise selbst für städtische Zwecke (Unterkunft des Stadtschreibers, Umbau zur städtischen Waage und anderem mehr oder verkaufte sie an christliche Bürger, die hierdurch entweder ihre eigenen Flächen um benachbarte Parzellen erweitern konnten oder auf den Grundstücken neue, repräsentative Gebäude errichteten. Zu den primären Profiteuren gehörten nach Auskunft der Quellen insbesondere Angehörige der führenden Familien. Johann von Holzhausen, seines Zeichens Frankfurter Ratsherr, jüngerer und älterer Bürgermeister sowie Schöffe, erwarb gleich mehrere ehemals jüdische Grundstücke und errichtete hierauf 1362 das später als *Haus Fürsteneck* bezeichnete gotische Steinhaus, das – im Erdgeschoss mit Arkaden versehen – über vier Etagen und vier Dachgeschosse verfügte und über eine bis zu acht Meter hohe Hofbefriedung, die mit Stallanlagen ausgestattet war, verbunden mit einem vorgelagerten Turmbau. Dieses Gebäude zählte bis zu seiner Zerstörung 1944 zu den bekanntesten Sehenswürdigkeiten der Frankfurter Altstadt, vergleichbar mit dem im 15. Jahrhundert errichteten Steinernen Haus am Markt. Der Frankfurter Rat erzielte durch den Verkauf des immobilien Judenerbes enorme Einkünfte, die nahe an dem Pfandbetrag von 15.200 Pfund Heller gelegen haben dürften.

Die ersten jüdischen Siedler, die nach dem Pogrom von 1349 um das Jahr 1360 wieder in die Mainmetropole kamen, wohnten nach Auskunft des Mietvertrags des Juden Simon von Seligenstadt zunächst als (temporäre) Mieter in christlichen Häusern, die auch weit abseits des eigentlichen jüdischen Viertels gelegen sein konnten, und zogen nachmals von hier aus in das Gebiet des alten jüdischen Viertels um. Zahlreiche Urkunden seit den 1370er Jahren geben detailliert Auskunft über Hausverkäufe von Juden an Christen, Christen an Juden sowie innerjüdische Geschäfte. Dabei wurden verschiedene nachbarschaftliche Regelungen (insbesondere Trauf-, Licht- und Zugangsrechte) zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt und in die Kaufverträge mit aufgenommen. Es fällt auf, dass führende Mitglieder der jüdischen Gemeinde direkte Nachbarn von Mitgliedern führender christlicher Familien waren und sich auch die Verkäufe der hochpreisigen, meist steinernen Immobilien zwischen beiden Führungsschichten abspielten. Der Besitz repräsentativer Anwesen in bester innerstädtischer Lage war somit immer auch sichtbarer Ausdruck eines gehobenen ökonomisch-sozialen Status, bei dem die Religionszugehörigkeit in den Hintergrund rückte und es vielmehr auf die Zugehörigkeit zur sozio-ökonomischen Spitzengruppe der eigenen christlichen oder jüdischen Gemeinde ankam.

Abschließend wurde am Beispiel des Immobilienkomplexes „Zum Buchsbaum/Katzenelnbogen/Storch“ nachgezeichnet, wie die Jüdin Gutlin von Eppstein, Mutter der gemeinhin als „Stammutter des Geschlechts ‚von Eppstein‘“ (GJ III) geltenden Eva zum Buchsbaum, innerhalb weniger Jahre durch den geschickten Erwerb repräsentativer Anwesen, gepaart mit einer gezielten Heiratspolitik, innerhalb der jüdischen Gemeinde zu einer führenden Persönlichkeit aufsteigen konnte. Die Hausnamen, die nicht selten zu Familiennamen wurden, dienten hierbei als eine Art „Standesmerkmal“, was auch daran deutlich wird, dass sie teils auf die beengten Gebäude in der 1462 errichteten Judengasse am Wollgraben übertragen wurden; damit wurde zugleich auf die langen jüdischen Traditionen der Frankfurter Gemeinde sowie einzelner, führender Familienverbände rekurriert.

## Normative Entwicklungen der christlich-jüdischen Beziehungen in Frankfurt im Spätmittelalter\*

Friedrich Battenberg (Darmstadt)

Die hundert Jahre der dritten jüdischen Gemeinde in Frankfurt vor ihrer Ghettoisierung bedeuteten für deren Mitglieder in rechtlicher Hinsicht eine vergleichsweise ruhige Zeit. Zwar waren sie wie alle anderen Gemeinden im römisch-deutschen Reich immer wieder mit übermäßigen Steuerforderungen wie dem 'Goldenen Opferpfennig' und der Krönungssteuer konfrontiert. Selbst Eingriffen des Reichsoberhauptes in innere Angelegenheiten der Gemeinde mussten sie gewärtig sein, wie bei dem Versuch Kaiser Karls IV., die innerjüdische Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit seiner Kontrolle zu unterwerfen. Doch durch die faktische Übertragung des Judenschutzes an die Stadt seit 1349 wurde die Zuständigkeit des Reichs begrenzt, mit der Folge, dass Prozesse bei Beteiligung von Frankfurter Juden nicht mehr vor nichtstädtischen Gerichten geführt werden durften, sondern nur noch vor dem Frankfurter Reichsgericht, sofern sich die Prozessparteien nicht auf ein Rabbinatsgericht einigten.

Die ältere Kammerknechtschaft der Frankfurter Juden, soweit sie von den Kaisern und Königen noch in Anspruch genommen wurde, blieb formal zwar noch erhalten, wurde aber faktisch durch die seit 1360 von der Stadt wiedereingeführte Judenbürgerschaft verdrängt. Mit dieser wollte der städtische Rat einerseits seine Zuständigkeit für die seinem Schutz unterstellten Juden kenntlich machen; er wollte sich damit gegenüber denjenigen in der Stadt lebenden Juden abgrenzen, die einem anderen Schutzherrn unterstanden, sich also „verherrt“ hatten. Anfangs neben die Kammerknechtschaft gestellt, trat mit der Zeit die Judenbürgerschaft an deren Stelle. Mit dem Rechtsinstitut der Judenbürgerschaft knüpfte der städtische Rat einerseits an die ältere *conciuitas* an, mit der die Juden in vielerlei Hinsicht den städtischen Bürgern gleichgestellt wurden – allerdings auf keinen Fall politische Partizipationsrechte erhielten. Zugleich wurde mit der Judenbürgerschaft ein einheitlicher Rechtsrahmen geschaffen, durch den diejenigen Juden, die diesen Status erhielten, Eigen und Erbe erwerben konnten, eine gleichberechtigte prozessuale Stellung vor dem Reichsgericht erhielten und Anspruch auf Schutz vor Eingriffen anderer Herrschaftsträger einschließlich der deutschen Kaiser und Könige hatten. Durch die Bedingungen der individuellen Stättigkeiten im Sinne von Schutzvereinbarungen zwischen Rat und Juden wurde zwar die Schutzzeit begrenzt und auch nur gegen Entrichtung von Jahreszinsen gewährt (wie die Schutzgelder in Frankfurt

---

\*Eine ausführliche Fassung des Beitrags findet sich in einer der künftigen Nummern der Zeitschrift *Aschkenas*.

bezeichnet wurden). Doch der Status der Bürgerschaft, der zunächst in den seit dem Jahr 1424 generalisierten Bedingungen der Stättigkeit festgeschrieben wurde, blieb davon im Wesentlichen unberührt.

All dies änderte sich indes, als unter dem Druck der Beschlüsse des Basler Konzils von 1434 sich mehr und mehr auch in der Reichsstadt Frankfurt das Prinzip durchsetzte, die Lebensbereiche von Christen und Juden radikal zu trennen. Die Folgen dieses Prinzips, mit dem eine räumliche Trennung der christlichen und jüdischen Wohnbereiche seit den sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts eingeführt wurde, machten sich jedoch schon spätestens 20 Jahre früher in der Stadt bemerkbar. Der alte Bürgerschaftsstatus für Juden wurde abgeschafft, so dass die Frankfurter Stättigkeitsjuden den rechtlichen Status von Beisassen (Beiwohnern) erhielten. Spätestens 1460 konnten sie kein Eigen und Erbe mehr erwerben und mussten mit Pacht- oder Mietverträgen in dem ihnen zugewiesenen Judenviertel am Wollgraben östlich der Stadtmauer leben. Schließlich wurde nun auch die von der Kirche geforderte Kennzeichnungspflicht im Rahmen der revidierten Judenstättigkeit eingeführt, mit der Folge, dass die Diskriminierung der Frankfurter Juden nun auch öffentlich sichtbar wurde.

Das durch gelehrte Advokaten und Ratskonsulenten inzwischen stärker beachtete „gemeine Recht“, das *ius commune*, ebenso wie das in der kirchlichen Praxis schon länger beachtete kanonische Recht wurde über die Judenstättigkeit von 1474 nun auch für die Juden in ihren Beziehungen zur christlichen Umwelt für verbindlich erklärt. Der Rat ordnete damit zugleich das ihm zustehende Satzungsrecht dem gelehrten weltlichen und geistlichen Recht unter, mit der Folge, dass er einen Teil seiner Verantwortung für den Schutz der ihm unterstellten Juden aus der Hand gab und gleichzeitig auf die Expertise seiner Doktoren und besonders der ihm dienstrechtlich verpflichteten Stadtadvokaten vertraute. Damit wurde letztlich auch die theologisch begründete Trennung der Lebens- und Wohnbereiche der Juden von denen der christlichen Einwohner der Stadt juristisch abgesichert.

Wie sich im Einzelnen die normativen Veränderungen im Alltag der Frankfurter Juden auswirkten, konnte in diesem Referat nicht dargelegt werden. Fest steht jedenfalls, dass die Veränderungen der Judenstättigkeiten in den fünfzig Jahren von 1424 bis 1474 eine derart einschneidende Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen jüdischen Lebens in der städtischen Umwelt der Reichsstadt Frankfurt am Main brachten, dass davon der Alltag nicht unberührt geblieben sein konnte. Daran ändert auch nichts, dass die Privilegienpraxis der deutschen Kaiser und Könige, die Frankfurter Juden weiterhin als Angehörige der kaiserlichen Kammer, wenn nicht sogar als reichsunmittelbar, ansahen.

## Kommentar zur Sektion

Jörn Roland Christophersen (Frankfurt/Berlin)

Die zweite Sektion, diejenige über Aspekte von Praxis und Norm, hat aus stupender Kenntnis der Quellen aus christlicher Provenienz geschöpft.<sup>1</sup> David Schnur beleuchtete das häufig unter dem Paradigma der Krise diskutierte 14. Jahrhundert. Dabei machte er auf die Quellenlage aufmerksam, die in dieser Zeit zwar eine exzeptionelle Dichte erreichte, doch stehen die verhältnismäßig gute Editionsfrage einerseits und die Kenntnis vom Inhalt bestimmter Quellen andererseits in einem eklatanten Missverhältnis zu den Quellenverlusten an Originalen im 20. Jahrhundert. Umbruchsphasen hat David Schnur anhand des Judenviertels skizziert, und hier bereits eine Epochalisierung festgemacht, die wiederum das Diktum der Krise stützt. Schnur spricht von einer Zeit vor und einer Zeit nach den Verpfändungen und den sogenannten Pestpogromen 1349,<sup>2</sup> sowie von einem Zeitraum zwischen den 1360er und den 1390er Jahren.

Wenn er insbesondere die letztgenannte Phase so gut anhand der Quellen nachzeichnen kann, verweist dies wieder auf die exzeptionelle Überlieferung zu Frankfurt, denn diese dichte Phase vom Rückkehren, von Wiederaufbau und Trauma-Auseinandersetzung – von Bewältigung sollte wohl nicht voreilig gesprochen werden –, ist in anderen Teilen des Alten Reiches teilweise sehr schlecht dokumentiert. Das gilt gerade für die Regionen des Osten des Alten Reiches, die ich am besten kenne.<sup>3</sup>

Dass gerade in dieser Phase (Rückkehren, Wiederaufbau und Trauma-Auseinandersetzung) einige prominente Geschäftsfrauen auftauchen, etwa Zorline, Gutlin und Eva, sei unter Rückgriff auf Schnurs Ausführungen lediglich nochmals angeführt.<sup>4</sup> Mir drängt sich in ihrem Sichtbarwerden ein Zusammenhang mit der Zeit nach der zweiten großen

---

<sup>1</sup> Diese Ausführungen sind die schriftliche Fassung meines mündlichen Kommentars zur Sektion mit ebenfalls mündlichen Beiträgen. Nur vereinzelt habe ich meinen Kommentar überarbeitet, angepasst oder behutsam ergänzt, weitgehend ist der mündliche Vortragsstil beibehalten, nirgendwo mehr als der Essaystil intendiert. Die Literaturangaben verstehen sich nicht zuletzt daher als Hinweise, nicht als Belege.

<sup>2</sup> Anstelle des Begriffs Pestpogrom habe ich neuerlich – nicht als erster – den Begriff der Thronkrisenverfolgung vorgeschlagen, um einer möglichen Biologisierung des Pogroms (als Folge einer Krankheitswelle) entgegenzutreten. Siehe hierzu Jörn Roland Christophersen, *Krisen, Chancen und Bedrohungen. Studien zur Geschichte der Juden in der Mark Brandenburg während des späteren Mittelalters (13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts)*. (Forschungen zur Geschichte der Juden, Bd. 32). Wiesbaden 2021, S. 251 und 706.

<sup>3</sup> Vgl. die Literatur der vorhergehenden Anmerkung.

<sup>4</sup> Hingewiesen sei aber auch auf den prosopographischen Katalog bei David Schnur, *Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau im Mittelalter. Christlich-jüdische Beziehungen, Gemeinden, Recht und Wirtschaft von den Anfängen bis um 1400*. (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Bd. 30). Wiesbaden 2017.

Katastrophe der Frankfurter Gemeinde in den 1340er Jahren auf, die Forschung hat aber hier vor allzu einfachen Deutungen gewarnt.

Deutlich wurde etwa weiterhin, dass die Interaktion mit dem Bartholomäusstift offenkundig von größter Bedeutung war. Dass das Stift Einfluss nahm und durchaus eine wichtige Größe in der Stadtpolitik war, ist bekannt, schließlich war es an die lange Zeit einzige Pfarrkirche der Stadt angegliedert. Allerdings sollte auch berücksichtigt werden, dass dieses Stift – wie andere Institutionen auch – ein multivalenter Akteur war. Die Bindungen des Stiftes innerhalb und außerhalb der Stadt, zum Oberhirten und anderen geistlichen Institutionen verdeutlichen dies.

Diese Konstellationen überlappen sich mit denen, die J. Friedrich Battenberg ausgebreitet hat.<sup>5</sup> Selten ist so klar dargelegt worden wie in seinem Beitrag, dass sich Verschiebungen von Sagbarem ganz konkret auch in Veränderungen des Rechts äußern (oder von diesen bedingt werden). Auch hier finden wir deutlich zu unterscheidende Zeiträume, selbst in der zumindest rechtsgeschichtlich relativ ruhigen Zeit der dritten Gemeinde. Denn verschiedene Rechtssphären hatten unterschiedlichen Einfluss, Friedrich Battenberg benannte die Akteure. Durch den Stadtrat wurde der Einfluss der Krone zurückgedrängt und Dynamiken der Statusveränderung in Gang gesetzt.

Was als das Leben der Juden in der königlichen Kammerknechtschaft begann, ging über in eine Judenbürgerschaft und schließlich die sogenannte Judenstätigkeit. Mit diesen Veränderungen dürften sich auch sowohl Zeitperzeptionen als auch das Maß an Planungssicherheit der betroffenen Jüdinnen und Juden verändert haben, die zeitlich befristete, prekarisierte Stätigkeit legt das nahe. Ich würde mir aus einer stärker sozialhistorischen Perspektive auch erlauben, die *camera* als die nach der *familia* nächste Einflussosphäre eines Herrschers beschreiben zu wollen, womit auch eine engere intendierte Bindung der Juden unter der frühen Kammerknechtschaft denkbar ist. Natürlich gilt dies nur in der Frühphase der Rezeption römischen Rechts, in der die Anleihen an das Verständnis von Patronage und Familia im antiken Rom sicherlich eine Rolle gespielt haben. Dass Bindungen ja offenkundig weiterhin unter dem Begriff der Kammerknechtschaft existierten, indiziert auch hier eine erhebliche Veränderung in der monolateralen Ausgestaltung dieser Beziehungen. Dies verleitet auch zu der Frage, ob nicht eine derartige Anbindung an die königliche Kammer auch als Schutzmechanismus hätte wirken können, wenn sie nicht 1349 bereits so furchtbar verheerend

---

<sup>5</sup> Eine Fassung seines Referats wird F. J. Battenberg der Fachöffentlichkeit in der Zeitschrift *Aschkenas* präsentieren.

für die Juden gewesen wäre. Denn die Luxemburger, also Karl IV., hatten bereits den geplanten Massen-Raubmord an der jüdischen Bevölkerung zumindest mitgetragen, vielmehr doch hierzu ermutigt.

Die Herauslösung aus alten Instituten wie der Kammerknechtschaft und das „Halten“ der Juden in vermindertem Rechtsstatus in Städten und Territorien ist im Rahmen der obenstehend dargelegten Vorgänge als Prozess, nicht als Ereignis zu verstehen und geschah auch nicht im luftleeren Raum, vielmehr wird hier der mittel- und langfristige Einfluss von Ereignissen besonderer Wirkkraft, wie dem Basler Konzil oder dem Nürnberger Hoftag 1422,<sup>6</sup> identifizierbar.

Friedrich Battenberg wies ferner darauf hin, dass die Stättigkeit des späten 15. Jahrhunderts mit der erhöhten Rezeption und Implementierung von kanonischem und römischem Recht einherging. Dies vergiftete auch das Verhältnis von Christen und Juden im täglichen Umgang, nachdem zuvor bereits kleinere und größere Schritte der Ausgrenzung und Entrechtung zu beobachten waren, mir scheint auch der Verlust der Möglichkeit von Grundbesitzvererbung nicht unwichtig zu sein, weil sich hierüber Bürgergesellschaften definierten. Hieraus waren die Juden aber ja nun ausgeschlossen – ein Punkt, der gewiss nochmals aufzugreifen sein wird.

Dass es auch in anderen Regionen und Städten zu Statusverschlechterungen kam, mag die Dynamiken in Frankfurt nur befeuert haben. In der unmittelbaren Umgebung registrieren wir denn auch die Vertreibung der Mainzer Juden durch den Rat der Stadt 1438 (mit erheblichen Implikationen für die Beziehungen der Einwohner von Frankfurt und Mainz) und aus dem Erzstift durch Erzbischof Adolf II. von Nassau 1470/71.

Alle diese Beobachtungen und Erkenntnisse stehen zwar für sich – das ließ sich auch argumentativ in den Beiträgen von Schnur und Battenberg verfolgen. Sie sind aber nicht isoliert und erlauben auch die Themen auszuweiten und nach den Sichtbarkeiten und Unsichtbarkeiten, den „Verunsichtbarungen“ und „Verunklarungen“ von Konstellationen und Akteuren zu fragen. Denn mit jeder Schicht, die wir versuchen zu analysieren, wird auch klar, dass nicht jede Schicht alles zeigt, dass viele Umstände also nicht monokausal sind.

---

<sup>6</sup> Den Dritten Pfennig zur Bekämpfung der Hussiten ausgerechnet von den Juden einzuziehen ist durchaus eine (auch politische Interessen entlarvende) Zumutung, denn was sollten sie denn mit diesen innerchristlichen Konflikten zu tun haben? Aber aus Wien etwa wissen wir, aus der Mark Brandenburg können wir es erahnen, dass man den Anwurf einer Unterstützung der Hussiten zum Argument für Übergriffe und auch Ermordungen machte.

Im Lichte der beiden Vorträge aus der Sektion „Praxis und Norm“ präsentierte sich das Jüdische Viertel mir als Einflussphäre verschiedener Interessen, die man also als Schichten oder Layer identifizieren mag. In unvollständiger Reihung seien einige von ihnen benannt:

- a) Das jüdische Viertel als Teil der Nachbarschaft von St. Bartholomäus, in der zunächst Christen und Juden lebten,
- b) das jüdische Viertel als Wirtschaftsraum,
- c) das jüdische Viertel als Zwischenraum zwischen wirtschaftlichem und herrschaftlichem Zentrum der Stadt.
- d) Das jüdische Viertel ist womöglich durchaus ebenfalls als Raum zu identifizieren, der mit der gesamten Stadt Funktionen teilt. Das wiederum dürfte bereits im Mittelalter verschiedentlich in Frage gestellt worden sein. Ein knapper, thesenartiger Verweis auf die Vorgänge der Königswahlen und ihre topographischen Anker in der Stadt sei gestattet.
- e) Das jüdische Viertel ist zugleich (ohne dass die zweifelsohne bestehenden kausalen Verknüpfungen schon hier betont werden müssten) als Raum von Begehrlichkeiten zu identifizieren: das Einziehen von Geldern und Grundstücken durch den König und die Überprägung von Gemeindeeinrichtungen durch die Stadt sprechen dafür. Das gilt auch für die Erweiterung von Bartholomäuskirche und christlichem Friedhof (letztlich zuungunsten des jüdischen Viertels).
- f) Das jüdische Viertel erscheint vielfach auch als Gewaltraum: die Frage darf auch sein, ob es ein gewaltoffener Raum gewesen ist, in dem Reste von Recht gebrochen wurden, in dem die Christen die radikalen Schritte auf dem Weg der Abdrängung von Juden einschlugen?
- g) Und schließlich dürfen wir uns die Frage stellen: haben wir das jüdische Viertel als nicht mehr jüdisches Viertel? Der Wandel korrespondiert durchaus mit der Veränderung des Rechtsstatus der Juden in der Stadt. Wenn man sie erst rechtlich an den Rand der Rechtsgemeinschaft Stadt drängte und wichtigste Identifikationsmittel für das bürgerliche Selbstverständnis versagte (wie den Grunderwerb und ein unbestreitbares Aufenthaltsrecht), beraubte man sie natürlich auch der typisch städtischen Rückhalte und Sicherungsinstrumente, von den in den Vorträgen auch zu hören war.
- h) Die Unterbringung der Juden am Rande der Stadt steht sinnbildlich für eine Abdrängung aus der Stadt.

Zwei weitere Gesichtspunkte scheinen mir in der zusammenschauenden Perspektive der Sektion ebenfalls bedenkenswert:

Erstens: Wir berühren bei den Blicken auf die Veränderung des jüdischen Viertels das Grundproblem, dass wir jüdische Viertel in den Städten haben, die als geschlossene Wohngebiete kommuniziert werden. Und wir müssen genau darauf schauen, wann und von wem diese Klammern gesetzt werden, in vielen Fällen im deutschsprachigen Raum sind die mittelalterlichen Judenviertel weniger geschlossen, als es insbesondere die ältere Forschung darlegt. Sie sollten aber umgekehrt keinesfalls zu Räumen ausschließlich einträchtiger, wertschätzender Begegnung verklärt werden. Durchaus wichtig scheint es mir daher zu sein, wie wir über die Quartiere sprechen und welchen Ballast aus der Forschung wir weitertransportieren, welche veralteten, teils auch herabwürdigenden Narrative wir damit weiter nähren.

Gleichwohl die Ummauerungen gerade einiger der sehr alten jüdischen Zentren (etwa Regensburg, Trier, Speyer) den Eindruck erwecken könnten, hat die Forschung gezeigt, dass es keine Ghettos waren. Eine neue Qualität findet sich in der Tat in Frankfurt am Main, wo mit der Judengasse eine geschützte Prekarität etabliert wird, die zuvor mit verschiedenen Schritten angebahnt wurde, so berichtete Schnur von den sich verändernden Beziehungen im Mikroansatz und Battenberg von der Ablösung älterer Herrschaftsinstrumente durch die Stätigkeit der Juden.

Zweitens: Wenn wir uns an die Keynote Lecture von Elisabeth Hollender erinnern, so mögen sich ihre Ausführungen über Erinnerungen durch liturgische Praxis anbieten, um nach anderen Erinnerungsträgern zu fragen: Was trägt Erinnerung? Gegenstände, Orte, Räume – auch im Sinne des spacial turns: Praktiken, Gewohnheiten, Recht, Sprache?

Wenn aber eine negative Erinnerung etabliert wird, etwa durch das Repetieren von Statusverschlechterung in der Stadt, tritt eine Abwärtsspirale in Gang. Dann gibt es keine Verbesserung mehr, wenn es keinen Anker mehr für eine Community gibt. Dieser Anker kann durchaus ein Viertel sein, mit dem diese Community assoziiert wird, mit dem sich die Community auch selbst identifiziert, weil hier auch transpersonal Praktiken der Gemeinschaft geübt werden.<sup>7</sup> Beispielsweise vererbt der Vater seinem Sohn das Haus, das mit der Familie assoziiert wird,<sup>8</sup> Hochzeiten werden durch die Gemeinde im Tanzhaus bezeugt und stiften

---

<sup>7</sup> Dabei ist durchaus vorstellbar, dass gar nicht das tatsächliche Bewohnen des nach der Gruppe benannten Viertels durch die Gruppe und ihre Praktiken, sondern schon allein das sprachliche Memorieren der Anwesenheit der Gruppe inmitten der Stadt(gemeinde) zum Verankern der Gruppe in der Stadt genutzt wird.

<sup>8</sup> Im Falle des Steinhauses des Fivelin von Dieburg, das dieser zu einem extrem hohen Preis erworben hatte, mögen an diesem Haus auch weitere Assoziationen gehaftet haben. Implikationen für das Selbstverständnis auch einer Gemeinde, in deren Mitte jemand ein so massives (womöglich festes?) Haus erwerben konnte, sind denkbar.

Legitimität und Rahmen einer Einrichtung, die die neuen Individuen der Gemeinde hervorbringen soll.

Wenn ein solches Viertel wegfällt,<sup>9</sup> enteignet wird, dann mit ihm auch Narrative und Erinnerungen. Beide, Erinnerungen und Narrative, werden auch für Rückkehrer erschwert, wenn zwischenzeitlich Umdeutungen erfolgten und Brutalitäten sich Bahn brachen: wenn etwa jüdische Grabsteine just in der Nähe des Viertels (auch in der Batholomäuskirche!) verbaut wurden, wenn etwa das vormalige Tanzhaus der jüdischen Gemeinde als Kloake genutzt wurde, aber auch, wenn demonstrativ in Autonomien eingegriffen wurde.

Das Viertel wird zum gebrochenen Raum.

Wenn nun auf Aspekte aus der Keynote von Elisabeth Hollender rekurriert wurde, so wird das dem Panoptikum, das Frau Hollender aufgefaltet und erklärt hat, nicht gerecht. Es erlaubt aber, den Blick wieder zu wenden und erneut die Perspektive der jüdischen Gemeinden vor Ort zu suchen. Diesen widmete sich die dritte Sektion über „Das Innere der Gemeinde.“

---

<sup>9</sup> Erprobt worden war dies ab Juli 1349 am *vicus judeorum*, also dem Areal einer konkret zu identifizierenden Ortslagenbezeichnung. Es war dies die durchaus übliche Benennung für innerstädtische Regionen, die mit den Juden assoziiert, aber nicht exklusiv von ihnen bewohnt wurden.

### **III. Das Innere der Gemeinde**

#### **Frankfurt and Cologne – Two Medieval Ashkenazi Communities where Rabbis Were Not in The Foreground**

Ephraim Shoham-Steiner (Beer Sheva)

In the lecture delivered at the conference I drew a partial portrait of two medieval Jewish communities, Frankfurt and Cologne. Although different from one another they share some similarities. Both communities were situated in commercial cities on the banks of major river trade routes. Both were also home to significant trade fairs that defined them in many ways and had a profound impact on Jewish-Christian relations. Cologne was known for its fairs from the early tenth century and Frankfurt from the establishment of the Messe in the mid-twelfth century. Another fundamental trait shared by both communities was the relatively insignificant rabbinic presence in these cities. In the ShUM communities, most especially Mainz, rabbinic presence defined the city's community in both real medieval time as well as in the extended legacy of the Ashkenazi communities. This was not so neither in Cologne nor in Frankfurt. It was only when the Rhinish ShUM communities fell from grace and were partially expelled during the fifteenth century and with the unique history of Frankfurt Jewry during that period that the center of Jewish life in Frankfurt rose to prominence and became a touch-stone of Jewish existence in the Holy Roman Empire and beyond in the early-modern and modern period. This change took place after Frankfurt Jews were marginalized and confined to the local Judengasse from the 1460's.

There is however a fundamental difference between these two Jewish communities. Frankfurt was in the rabbinic orbit of Mainz and relayed heavily on Mainz for its Jewish academic institutions. The Jewish community that evolved in Frankfurt didn't feel a need to grow and support its own scholars, albeit with two exceptions: the mysterious Rabbi Simon of Frankfurt and Rabbi Alexander Zuesslyn Ha'Cohen, as the Mainz academy was in close proximity. Frankfurt was, relatively speaking, a later arrival among the cities that were home to a sizable Jewish community. The community was established in the city in the first half of the twelfth century after the cataclysmic events of 1096 and in unison with the city's rise to mercantile prowess. In this respect Frankfurt Jewry resembled that of Erfurt, another community in the archdiocese of Mainz established after 1096 on a major trade route.

The Cologne community, on the other hand, had a sizeable Jewish presence relatively early on, definitely in the Ottonian period and possibly even earlier. Unlike Frankfurt Cologne was not in the purview of the famed Mainz Talmudic academy. Inner Jewish sources indicate certain tensions, if not outright rivalry, between the two communities. It seems Cologne Jews although time and again praised for their piety, yet not of their knowledge of Torah and Talmudic erudition, had at times different ideas about the contours of the observance of Halakha (Jewish Law), adherence to local customs and the role of rabbis in the community's leadership and decision-making process. It seems both Cologne and Frankfurt had Jewish communities with a lower rabbinic footprint but each for its own reasons. It also seems that while Cologne and Frankfurt share in that they had a very low rabbinic presence, they are not one and the same as the reasons for this differ. While Frankfurt was both close to the ShUM communities and a relevant new-comer to the medieval Jewish existence, Cologne was further away geographically, different, possibly more ancient and with what seems to be fixed local traditions. The size of these communities and the amount of information about the Jewish existence also differs. While Cologne supplied us with intriguing archeological and material finds, Frankfurt hardly left us anything in this respect. The two communities do however share the fact that each for its specific reasons did not have a sizeable rabbinic presence leaving us much room for speculation and further discussion about their respective medieval Jewish past.

## **The Price of Survival: Rabbinic Deliberations in the Aftermath of the Frankfurt Persecutions of 1241**

Rachel Furst (München)

Am 24. Mai 1241 wurde die erste offizielle jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main praktisch ausgelöscht. An diesem Tag kam bei antijüdischen Ausschreitungen fast die gesamte 200-köpfige Gemeinde ums Leben, mit der Ausnahme von 24 Überlebenden, die zwangsweise zum Christentum konvertiert wurden. Einer dieser Frankfurter Juden war eine junge Frau, die vor den Unruhen mit einem Mann aus Würzburg verlobt gewesen war. Nachdem sie unfreiwillig getauft und eine Zeit lang von ihren christlichen Entführern festgehalten worden war, gelang es der Frau, deren Name nicht erhalten ist, zu fliehen und sich nach Würzburg durchzuschlagen, wo sie ihren Verlobten fand und die Heirat durchführen wollte. Allerdings weigerte sich der betreffende Mann, sie zu heiraten. Er argumentierte, dass das jüdische Recht ihre Beziehung aufgrund ihres sexuellen Verhaltens während der Gefangenschaft nun verbiete. Tatsächlich hatte er bereits eine andere Frau geheiratet.

Mit der Ankunft der Frankfurterin begann ein langwieriger juristischer und politischer Kampf, an dem die Familien beider Parteien und rabbinische Persönlichkeiten aus verschiedenen Gemeinden des Rheinlandes beteiligt waren. Das endgültige Schicksal der verlobten Frau aus Frankfurt ist nicht bekannt. Doch die Einzelheiten dieser Auseinandersetzung sind in einer Reihe rabbinischer Responsa, also juristischer Korrespondenz zwischen Gelehrten, erhalten geblieben. Diese stammen aus der Feder von Rabbi Isaak ben Mose „Or Zaru’a“ (ca. 1180–1250), einer prominenten lokalen Autorität, und mehreren seiner Zeitgenossen. Auf der Grundlage talmudischer Prinzipien gingen die mittelalterlichen Juristen davon aus, dass Frauen, die von Nicht-Juden gefangen gehalten wurden, von Vergewaltigung bedroht waren. Sie debattierten darüber, ob eine Zwangskonvertierung die Möglichkeit einer körperlichen Verletzung abschwächen oder verstärken würde, und stellten die Frage, wie Frauen auf solche Umstände reagieren würden. Dabei gingen sie davon aus, dass ihre Antworten die halachische Zulässigkeit der Rückkehr der Opfer in eine bereits bestehende Ehe entscheiden würden. Während sie sich bemühten, die Realitäten ihrer Zeit in Übereinstimmung mit den talmudischen Archetypen zu bringen, suchten einige Rabbiner verzweifelt nach rechtlichen Schlupflöchern, während andere mit übertriebener Strenge urteilten.

Tatsächlich erlaubten die ersten Urteile der Frau aus Frankfurt, ihre ursprüngliche Ehe fortzusetzen, aber im Gegensatz dazu entschied Rabbi Isaak Or Zaru'a, dass sie ihrem Verlobten verboten sei. Als Grundlage für seine Entscheidung führte er an, dass sie während ihrer Gefangenschaft sexuell vergewaltigt worden war und diesen Kontakt sogar gefördert hatte, um ihr Leben zu erhalten. R. Isaaks strenges Urteil und seine auffallend harte Argumentation erregten den Zorn anderer Gelehrter, die nicht zögerten, sowohl seine Darstellung der Fakten als auch seine rechtliche Argumentation anzufechten. Nach ihrer alternativen Version der Geschichte war die Frau überhaupt nicht vergewaltigt worden. Im Gegenteil brachten sie Beweise dafür, dass ihre Entführer ihre Jungfräulichkeit bewahrt hatten, weil sie hofften, sie mit einem christlichen Stadtbewohner verheiraten zu können; ein Schicksal, das sie vehement ablehnte und dem sie mehrmals zu entkommen versuchte. Es ist bemerkenswert, dass die verschiedenen Gelehrten bei der Ausarbeitung ihrer Fälle so unterschiedliche Berichte über das Sexualverhalten der Frau zugrunde legten, die sich weitreichend auf ihren religionsgesetzlichen Status auswirkten. In meinem Vortrag habe ich gezeigt, dass die Analyse dieser Unterschiede nicht nur Aufschluss über die interpretatorischen Präferenzen und rhetorischen Ziele der einzelnen Gelehrten gibt, sondern auch etwas über die größeren kulturellen Narrative aussagt, innerhalb derer sie agierten.

Diese Gruppe von Responsa ergibt nicht nur einen juristischen Präzedenzfall, sondern bietet uns auch einen einzigartigen Einblick in die psychologischen und gesellschaftlichen Reaktionen der jüdischen Gemeinschaft auf Verfolgung. In der Folge der Kreuzzüge gewann die rechtliche Haltung gegenüber Zwangskonvertiten für die deutsch-jüdische Gemeinschaft an Bedeutung. Angesichts des eskalierenden theologischen Drucks rang man um eine Neudefinition der Beziehungen sowohl zu den Institutionen der Kirche als auch zu den christlichen Nachbarn. Die religiösen Autoritäten erkannten, dass die Akzeptanz oder Ablehnung der zurückkehrenden Konvertiten Auswirkungen auf die Identität und das Selbstverständnis einer bereits demoralisierten jüdischen Gemeinschaft haben würde. Sowohl der Inhalt als auch der Ton der von ihnen verfassten Rechtsliteratur deutet auf die Notwendigkeit hin, die Grenzen der Gemeinschaft in dieser Hinsicht abzustecken.

Vor diesem Hintergrund ist der Frankfurter Fall von besonderem Interesse, weil er sich auf eine Frau bezieht. Historische Studien zur Geschlechterfrage haben gezeigt, dass Frauen und ihre Körper oft im Zentrum kollektiver Identitätspolitik stehen, da die sexuelle Verletzung von Frauen - bereits symptomatisch für die Verletzung ihrer Familien - zu einem Symbol für die Verletzung der gesamten Gemeinschaft werden kann. Ich argumentiere, dass die in den oben genannten Responsa überlieferten Erzählungen und juristischen Analysen mit ihrer

hochrhetorischen Sprache und ihrer allgegenwärtigen Angst vor dem Sexualverhalten der konvertierten Frau ein ausgeprägtes Unbehagen hinsichtlich der Stellung der jüdischen Gemeinschaft gegenüber ihren christlichen Nachbarn widerspiegeln. Die verstärkte Sorge um die Absteckung der sexuellen Grenzen offenbart ein gewisses Maß an Zweifeln an der religiösen Festigung der Gemeinschaft; für einige der Befragten wurde die sexuelle Angst zu einer Metapher für die Furcht vor religiöser Verunreinigung und Verrat.

## IV. Vertreibung aus der Mitte

### Stadtumbau – Motivation und Kontext zur Verlegung und Überbauung jüdischer Wohnquartiere im Spätmittelalter

Rainer Josef Barzen (Münster)

Die jüdische Siedlungsgeschichte ist nicht verstehbar ohne die Beachtung der sie umgebenden Geographie, sei es die physische, sprachliche, politische oder ethnographische. Dieselbe Herangehensweise möchte ich für die „**Geographie**“ der jüdischen Wohnviertel, ihrer **Topographie** innerhalb der sie umgebenden Stadt vorschlagen. Form und Lage der jüdischen Viertel der deutschen Lande, ihre Geschichte im Werden und Vergehen zwischen dem 10. und 16. Jahrhundert sind darum nicht nur im Kontext der jüdisch-christlichen Beziehungen zu untersuchen, sondern in ihrer besonderen Topographie im Rahmen des städtischen Gefüges. Hierbei gilt es zunächst wahrzunehmen, wie in der **Siedlungstopographie** bei den meisten bekannten jüdischen Vierteln die Lage des Viertels innerhalb der Stadt den Interessen der Bewohner in Wirtschaft und Handel entgegenkommt. Dieser in Stein und Holz gebaute Ausdruck der Wichtigkeit der jüdischen Bevölkerungsgruppe innerhalb der Stadt des Hochmittelalters wird noch unterstrichen durch die **politische Topographie** der jüdischen Viertel, ihrer unmittelbaren Nähe zu den Herrschern der Stadt und ihren herrschaftlichen Zentren und Niederlassungen, dem Dom, dem zentralen Markt, dem Rathaus, der herrschaftlichen Residenz. Somit entspricht die Topographie der jüdischen Viertel bei ihren Gründungen der wirtschaftlichen und politischen Rolle ihrer Bewohner und deren Eliten. Nach den Verfolgungen der Pestpandemie der Jahre 1348 und 1349 bleiben diese zentralen jüdischen Viertel, mitunter einige Jahre, ohne jüdische Präsenz. Die zögerlichen Neugründungen der jüdischen Gemeinden in der zweiten Jahrhunderthälfte, in aller Regel am gleichen topographischen Ort der Stadt, konnten in ihrer Bedeutung und Größe nicht an die Vorgängergemeinden heranreichen. Als Konkurrenten innerhalb der Stadt standen als Gegenspieler den jüdischen Gemeinden erstarkte und neue Institutionen gegenüber, wie der Rat und die Ratsherren der nun oft reichsunmittelbar gewordenen Städte, sowie kirchliche Stifte und Klöster innerhalb der Stadt. Diese neuen, wirtschaftlich erfolgreichen Gruppen entwickelten mitunter auch ein ausgeprägtes Repräsentationsbedürfnis an zentralen städtischen Orten. Dies musste zu Begehrlichkeiten auf die Grundstücke der alten jüdischen Viertel führen, gegen die die kleinen, und im Vergleich zur ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts oft unbedeutenden

jüdischen Gemeinden sich nicht zu wehren im Stande waren. In diesem Sinne lassen sich die jüdischen Viertel des *Regnum Teutonicum* der mittelalterlichen Jahrhunderte fast ausnahmslos mit dem Begriff der „**Zentralen Areale**“ charakterisieren. Diese zentrale Lage des Judenviertels innerhalb der Stadt gibt uns Hinweise über die Bedeutung der Juden in ihrer Ansiedlungsphase im damaligen städtischen Gefüge. Andererseits wird genau diese zentrale Lage der jüdischen Viertel Begehrlichkeiten neuer städtischer Eliten im Spätmittelalter wecken, die schließlich das Verschwinden der jüdischen Viertel maßgeblich betreiben, um in einigen Fällen eigene städtische Entwicklungsprojekte an gleicher Stelle zu fördern und zu entwickeln. Die topographische Lage der Viertel der jüdischen Gemeinden, die Ausdruck ihres hohen Standes innerhalb der Stadt gewesen war, trug damit seit dem 14. Jahrhundert wesentlich zu Abwicklung und Untergang eben dieser jüdischen Viertel bei.

Die nichtjüdischen Herrschaftsträger in den Städten des 14. und 15. Jahrhunderts verfolgten bestimmte Muster der Verdrängung gegenüber ihrer jüdischen Bevölkerung, um an deren Grundstücke im Herzen der Stadt zu gelangen. Diese lassen sich anhand von vier „Strategien“ an ausgewählten Beispielen beschreiben und skizzieren.

In einer **ersten Strategie** konnten nach der Ermordung der Juden von 1348/49 bereits von Seiten der Stadt eine Enteignung des Judenviertels und eine für die Stadt genehme Neunutzung im Sinne eines Stadtumbaus erfolgen. Eine erneute Ansiedlung der Juden erfolgte in peripheren Gegenden der Stadt. Eine spätere Vertreibung wird auch diese Gemeinden ereilen. Diese Herangehensweise ist beispielhaft für weitere Städte und spätere Jahrhunderte und wurde von der Reichsstadt Nürnberg entwickelt und angewandt und auch von Würzburg umgesetzt. Das jüdische Viertel wurde in beiden Fällen unmittelbar nach der Ermordung der Juden größtenteils abgerissen, durch einen weitläufigen, repräsentativen Platz ersetzt und mit einer großen Bürgerkirche ausgestattet, die die Stelle der Synagoge überbaute.

Nach einer **zweiten Strategie**, die vor allem in der architektonischen Umgestaltung des Kölner Judenviertels sichtbar wird, konnte zunächst eine Wiedezulassung einer jüdischen Gemeinde 1360 am alten Ort erfolgen. Der Stadtumbau anstelle des ehemaligen Judenviertels wurde von den Verantwortlichen in der Stadt erst dann durchgeplant und vollendet, als die neue jüdische Gemeinde endgültig 1424 vertrieben worden war. Dieser Vertreibung waren dennoch einige Baumaßnahmen zur Neugestaltung des Judenviertels vorausgegangen. Bereits 1348 war ein Vorplatz am Rathaus auf Kosten von Immobilien des alten Judenviertels angelegt worden. Der repräsentative Ausbau des Rathauses auf Grundstücken des Judenviertels schritt mit dem Bau der ersten Laube vor dem Haupteingang des Rathauses 1404 und der Errichtung des Rathauses ab 1407 weiter voran. Mit der Vertreibung der Juden konnte das Areal des

Judenviertels zu einem durch den Rat der Stadt genutzten und auf das Rathaus ausgerichteten Stadtraum umgestalten werden. Der Vorplatz des Rathauses wurde weiter vergrößert und durch Bauten der städtischen Verwaltung eingerahmt (Kanzleihaus 1475). Die am neuen Vorplatz gelegene ehemalige Synagoge war bereits 1426 zur städtischen Ratskapelle umgebaut, geweiht, und 1442 mit dem berühmten Altar von Stefan Lochner ausgestattet worden. Der Platz wurde mit drei repräsentativen Toren abgeschlossen und zum Mittelpunkt des neuen Rathausviertels.

In einer **dritten Strategie** wurde zunächst ebenfalls eine Wiederansiedlung einer neuen jüdischen Gemeinde nach 1349 am alten Ort innerhalb der Stadt zugelassen. Allerdings wird wenige Jahre später dem Wunsch einer Entfernung der Juden aus den zentralen städtischen Arealen mit einer vom Rat der Stadt organisierten Verlegung des Judenviertels an die Peripherie der Stadt Rechnung getragen. Diese Verlegung des Judenviertels und damit die Freigabe des alten Areals für eine städtische Neuentwicklung wird im 15. Jahrhundert nicht verhindern, die neue jüdische Gemeinde, wie das Beispiel Rothenburg ob der Tauber zeigt, endgültig zu vertreiben.

Eine weitere Variante verband als **vierte Strategie** Ansätze der bereits genannten Strategien, wie am Beispiel Frankfurt am Main deutlich wird. Auch hier wurden bereits nach der Vernichtung des Judenviertels in den Jahren nach 1349 Ideen einer Neustrukturierung des ehemaligen Judenviertels zugunsten städtischer Bedürfnisse umgesetzt. Die Stadt lässt die Trümmergrundstücke zunächst umzäunen und einzelne Häuser und Grundstücke veräußern. Die Nordzeile hin zur Bartholomäuskirche, der Wahl- (seit 1356) und späteren Krönungskirche (1562) des deutschen Königs und römischen Kaisers wird 1350 abgeräumt, das Gebiet der Bartholomäuskirche zugeschlagen und dieser Vorgang durch den Bau einer neuen Friedhofsmauer bekräftigt. Zwischen 1352 und 1353 wird das Südquerhaus der Bartholomäuskirche ausladend, teilweise auf der neuerworbenen Fläche des ehemaligen Judenviertels errichtet. Das Bartholomäusstift kann ebenso weitere Grundstücke wie etwa das ehemalige Judentanzhaus in seinen Besitz bringen. Seit 1360 sind wieder Juden in Frankfurt zugelassen, die 1364 das Gebäude der ehemaligen Synagoge, nun direkt gegenüber der Fassade des Südquerhauses der Bartholomäuskirche, zurückerwerben, als Gemeindesynagoge erneuern und sich in ehemaligen Judenhäusern erneut niederlassen. Dennoch geht die städtische Nutzung von Grundstücken im ehemaligen Judenviertel weiter. In den Jahren 1365 bis 1372 wird die Stadtwaage in der Affengasse unweit der Bartholomäuskirche neu errichtet. An der Stelle von drei Judenhäusern wird 1396–99 neben dem Grundstück des ehemaligen Tanzhauses

der jüdischen Gemeinde und in unmittelbarer Nähe der Synagoge das große repräsentative, städtische Leinwandhaus errichtet. Die Dimension und Form des Gebäudes lassen diese Baumaßnahme als ersten Schritt einer architektonischen Neugestaltung des ehemaligen und aktuellen Judenviertels zu einer städtischen Wirtschaftszone erkennen. Das Judenviertel als zukünftigen repräsentativen Raum des städtischen Rates, wie etwa in Köln, zu gestalten, war nicht Ziel der Planungen. Dies wird umso deutlicher als sich der Rat der Stadt Frankfurt mit der Verlegung des Rathauses an den heutigen Ort (1401–1407) auf dem Römerberg und der schrittweisen Aufgabe des alten Gebäudes zugunsten des Turmneubaus der Bartholomäuskirche (1415) aus dem Bereich des Judenviertels zurückzieht. Schließlich wird die Verlegung des Judenviertels an einen anderen Ort der Stadt es für die städtischen nichtjüdischen Eliten erst möglich machen, die Neugestaltung des ehemaligen Judenviertels im Sinne eines Stadtumbaus zu vollenden. Die beschlossene Verlegung des Judenviertels an den Rand der ersten, staufischen Stadtmauern, wird ab 1462 umgesetzt. Das Bartholomäusstift wird die Gebäude der Stadtwaage in der Affengasse erwerben und ihren Besitz im ehemaligen Judenviertel vergrößern (1. Juni 1503). Gleichzeitig (6. Juni 1503) wird mit dem Neubau einer Stadtwaage auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge begonnen (*nuwe wagen huss uff dem flecken der alten Juddenschule*). Die systematische Umgestaltung des ehemaligen Judenviertels zwischen Main und Bartholomäuskirche ist mit der Errichtung des neuen Kaufhauses 1589 als „Bestätteramt“ (Zollamt) auf dem Grundstück des ehemaligen jüdischen Tanzhauses vollendet. Die Überprägung des Zentrums des ehemaligen jüdischen Viertels von Tanzhaus und Synagoge zu „Bestätteramt“ (Zollamt) und Stadtwaage ist abgeschlossen. Das Zentrum des jüdischen Frankfurts hatte sich jetzt zum Ort wichtiger städtischer wirtschaftlicher Institutionen gewandelt.

Der beschriebene Fall von Frankfurt lässt seit dem Pogrom von 1348 Tendenzen erkennen, das ehemalige Judenviertel sowohl durch den Rat der Stadt als auch durch das Bartholomäusstift neu zu entwickeln. Die Wiederansiedlung der Juden um das Jahr 1360 am angestammten Ort leitet dabei eine Zwischenepisode ein, die nicht durch eine Vertreibung, sondern durch die Verlegung des Judenviertels 1462 beendet wurde. Allerdings fällt auf, dass im Gegensatz zu den Bemühungen in Nürnberg, Würzburg oder Köln das Gelände nur eine sekundäre Aufmerksamkeit genießt, da die großen repräsentativen Bedürfnisse des Rats durch die Verlegung des Rathauses an den Römerberg dort am großen Platz ihren Ausdruck finden konnten. Die wirtschaftliche Überprägung kann darum über den **„Verlust der Mitte“**, dem Bedeutungsverlust des Viertels zwischen Bartholomäuskirche und Main, nach dem Wegzug von Stadttregiment und Judenviertel, nur schwer hinwegtäuschen. Der Wiederaufbau nach den

Zerstörungen des zweiten Weltkriegs entsprach der empfundenen Bedeutungslosigkeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Dieser **Verlust der Mitte** auf dem Gelände des hochmittelalterlichen Frankfurts, der in der Banalität der gegenwärtigen Bebauung seinen Ausdruck findet, bleibt eine Aufgabe, die auch in unsere Gegenwart reicht.

## Die Rolle Kaiser Friedrichs III. bei der Entstehung der Judengasse

Jörg Feuchter (Berlin)

Kaiser Friedrich III. (1440–1493) aus dem Geschlecht der Habsburger wird überwiegend als „judenfreundlicher“ Herrscher eingeordnet. Man hält ihm in der Forschungsliteratur zugute, sich wiederholt gegen Vertreibungen, Ritualmordvorwürfe, Stigmatisierungen (Kennzeichnungen durch Kleider und Symbole) sowie Verbote des Zinsnehmens eingesetzt zu haben. Bereits zeitgenössisch wurde er als „König der Juden“ bezeichnet (was als Schmähung gemeint war). Tatsächlich besaßen für ihn seine jüdischen Untertanen offenbar eine wichtige Bedeutung als Symbol seiner Herrschaft über das Reich.

Auf der anderen Seite ist jedoch der Forschung keineswegs entgangen, dass Friedrich oft sehr hohe finanzielle Forderungen an die Juden im Reich stellte. Ferner verbindet sich sein Name auch mit der ersten zwangsweisen Umsiedlung einer gesamten städtischen Judenschaft in einen gesonderten Bezirk als ausschließlichem und verschlossenem Wohnort: Gemeint ist selbstverständlich die Frankfurter Judengasse. Schließlich war es Friedrich III., der dem Frankfurter Rat in Mandaten (Anweisungen erteilenden Urkunden) vom 2. September 1442 und 19. August 1458 gebot, die Juden aus dem Zentrum der Stadt zu entfernen. Er begründete dies jeweils mit einer Beeinträchtigung der kultischen Handlungen im Bartholomäusstift (dem Frankfurter „Dom“) durch die zu große Nähe zur Synagoge. In der Urkunde von 1442 wird sogar eine einschlägige persönliche Erfahrung des Kaisers bei seinem gerade beendeten Aufenthalt in Frankfurt erwähnt.

Entgegen dem Anschein muss das aber nicht heißen, dass dem Herrscher selbst unbedingt daran gelegen war, die Judengemeinde und ihre Synagoge aus Frankfurts Zentrum zu verlagern (ganz zu schweigen von deren Einschließung, die in den Mandaten nicht erwähnt wird, genauso wenig wie ein bestimmter Ort; lediglich innerhalb der Stadtmauern sollte es sein). Tatsächlich gingen beide Urkunden Friedrichs wohl kaum auf seine eigene Initiative zurück, sondern auf Akteure in der Stadt, die sie von ihm erbeten und wohl auch den Text vorformuliert hatten: „Die Verfügung des Königs atmet also primär die antijüdischen Ressentiments derjenigen, die seinen Besuch genutzt haben, ihm ihre seit Beginn der 1430er Jahre virulent gehaltenen Beschwerden nahezubringen und eine Umsiedlung legitimieren zu lassen.“ (Paul-Joachim Heinig, „Hat Kaiser Friedrich III. die Errichtung der Judengasse zu Frankfurt am Main initiiert?“, in: C. Feller & D. Luger (Hg.), *Semper ad fontes*, 2020, S. 87f.)

Es war das Bartholomäusstift, das nachweislich 1458, höchstwahrscheinlich auch schon 1442, den Herrscher um die Urkunde ersucht hatte: „Nominell stammen somit die

Anordnungen zur Umsiedlung der Frankfurter Juden zwar vom Kaiser, faktisch aber wurden sie initiiert von Interessenten vor Ort, was sich für das entscheidende Mandat von 1458 nun beweisen und namhaft machen lässt.“ (ebd., S. 95).

Die in den Mandaten erwähnte Störung der Kulthandlungen kann auch nicht der wirkliche Grund für die Umsiedlung gewesen sein, denn wenn sie überhaupt gegeben war, so gab es dagegen einfachere Mittel, worauf die Frankfurter Judenschaft in einer sehr beredten Bittschrift an den Rat aus dem Jahr 1460 selbst hinwies. Warum aber schritt man in Frankfurt dann wirklich zu dieser Maßnahme? Lag es vielleicht daran, dass man die Juden eigentlich ganz loswerden wollte, aber glaubte, dass Friedrich das nicht erlauben würde? Weshalb man sie dann immerhin aus dem Zentrum an den Rand brachte und dort zudem von den Christen segregierte und einschloss? Auch diese Theorie von der Ghettoisierung als Ersatz für die Vertreibung geht nicht so einfach auf. Denn es kann nun gezeigt werden, dass Friedrich keineswegs den Reichsstädten prinzipiell verbot, ihre Juden zu vertreiben. Im Falle Nürnbergs, einer anderen überaus wichtigen Reichsstadt mit einer bedeutenden Judengemeinde, stellte er nämlich dem Rat in Aussicht, ihm das weitere „Halten“ von Juden ganz freizustellen. Dies geschah im Spätsommer 1463, also zeitlich ganz nahe zu den Frankfurter Vorgängen.

Dieser aktuelle Forschungsstand ergibt sich aus neuen Quellen, die einen bisher unbekanntem Geheimplan Friedrichs mit Markgraf Albrecht (genannt Achilles) von Brandenburg-Ansbach bezeugen. Beabsichtigt war, die Juden von Nürnberg festzusetzen und völlig auszuplündern. Als Belohnung für die Mitwirkung Nürnbergs sollte der Stadt u.a. jenes Ermessen hinsichtlich der Duldung von Juden eingeräumt werden. Der besagte Plan kam allerdings nicht zur Ausführung, weil Nürnberg nicht mitmachte, oder weil er zu früh ruchbar wurde. Vielmehr erlaubte Friedrich kurz danach sogar ausdrücklich, dass Juden in Nürnberg Geldverleih zu Zins betreiben dürften (sogenanntes „Wucherprivileg“ vom Sommer 1464). Statt einer Plünderung also ein Privileg – vielleicht mit einer entsprechenden freiwilligen Zahlung der Juden im Hintergrund? Wie dem auch sei: Zu den (jedenfalls uns als solche anmutenden) Ambivalenzen Friedrichs gehört ferner, dass er auch bei der schriftlichen Festlegung des Geheimplans ausdrücklich darauf bestanden hatte, dass kein Jude getötet werden dürfte. Auch bekundete er nach dem Auffliegen des Plans, sich dessen zu „schämen“.

Friedrichs Rolle bei der Einrichtung der Frankfurter Judengasse kann daher auf dem aktuellen Forschungsstand nicht genau bestimmt werden. Es können lediglich allzu einfache Annahmen in Frage gestellt werden: Zum einen die, dass er die Ghettoisierung direkt initiiert habe, zum anderen aber auch die, dass er die Vertreibung verhindert habe und die Ghettoisierung mittelbar als „kleineres Übel“ auf ihn zurückgeht.

Sicher ist aber, dass sich von Friedrichs allgemeinem Selbstverständnis als Reichsherrscher, aber auch von seinem Finanzbedarf her sowie aus dem komplexen politischen Zusammenspiel der Mächte im Reich sehr vielfältige, oft widersprüchliche Handlungsmotivationen bezüglich seiner jüdischen Untertanen ergaben. Vereinfachungen wie die vom „judenfreundlichen“ Kaiser sind daher unangebracht.

## **Der Konflikt um die Umsiedlung der Frankfurter Juden und die Einrichtung eines Ghettos**

Fritz Backhaus (Berlin)

1460 beschloss der Frankfurter Rat, die Juden der Stadt aus ihren zentralen Wohnplätzen in der Nähe des Doms zu vertreiben. Sie mussten ihre Wohnhäuser und ihre Synagoge aufgeben und in eine neu angelegte Gasse entlang der Staufischen Stadtmauer umziehen. Die neue Judengasse wurde durch Tore vom Rest der Stadt getrennt und durch eine Mauer abgeschlossen. Juden durften nicht mehr außerhalb dieser Gasse wohnen und sie über Nacht und an den christlichen Feiertagen nicht verlassen. In Frankfurt entstand damit eines der ersten Ghettos in Europa, definiert als Zwangswohnbezirk für Juden.

Die Umsiedlung beruhte auf einer Anordnung König Friedrichs III., der die unmittelbare Nachbarschaft von Synagoge und Dom als Skandal bezeichnet hatte. Die Anordnung zur Aufgabe der Synagoge erließ er 1442 nach seinem ersten Aufenthalt in Frankfurt und wiederholte sie 1458. Die vom König ausgefertigten Urkunden standen in Zusammenhang mit einer Diskussion, die im Frankfurter Rat Anfang der 1430er Jahre erstmals fassbar ist. Wiederholt wurde dort beantragt, die Juden vollständig aus Frankfurt zu vertreiben oder zumindest sie an eine andere Stelle der Stadt umzusiedeln.

Frankfurt folgte damit dem Trend der Zeit, da die Juden aus England, Frankreich und Spanien im Spätmittelalter ausgewiesen wurden und auch sehr viele Städte und Territorien im Deutschen Reich ihre jüdischen Gemeinden vertrieben – ein tiefer Einschnitt in der Geschichte des europäischen Judentums.

Bemerkenswert an der Entwicklung in Frankfurt ist, dass es trotz aller Bemühungen innerhalb der Stadt nicht zu einer Vertreibung kam und Frankfurt damit eine der wenigen Großstädte im deutschen Bereich war, in denen eine jüdische Gemeinde kontinuierlich erhalten blieb.

Die Anordnungen des Kaisers beruhten vermutlich nicht auf seiner eigenen Initiative, sondern waren von den Herren des Bartholomäusstiftes am Dom erbeten worden. Sie knüpften damit an die bis dahin im Rat nicht durchsetzbaren Anträge an, die Juden aus der Nachbarschaft der Kirche zu entfernen.

Die jüdische Gemeinde blieb jedoch in diesen Auseinandersetzungen nicht untätig. Es sind zwei sehr ausführliche Denkschriften von 1442/43 und 1460 erhalten, in denen die Gemeinde auf die Urkunden Friedrichs III. reagierte und den Rat zeitweise auch erfolgreich zu

überzeugen suchte, auf eine Umsiedlung zu verzichten. Diese Denkschriften ermöglichen einen seltenen Einblick in das Zusammenleben von Christen und Juden. Sichtbar wird eine alltägliche Gewalt gegenüber den Juden mit Beschimpfungen, Steinwürfen und Bedrohungen, aber auch das Zusammenleben in einer Nachbarschaft, die den Juden Schutz garantierte. Über die Begegnungen, die konfliktfrei blieben, erfahren wir in der Regel kaum etwas. Was wir aber in den Auseinandersetzungen um die Einrichtung der Judengasse erkennen können, ist der massive Versuch von kirchlicher Seite, Begegnungen zwischen Christen und Juden auf ein Minimum zu beschränken. Diese Anstrengungen der Kirche haben eine lange Vorgeschichte, neu ist im 15. Jahrhundert die konsequente Umsetzung durch die städtische Obrigkeit. Wie das Beispiel Frankfurt zeigt, waren die Juden eine Gruppe der städtischen Gesellschaft, die Gewalt auf sich zog, zu deren Gunsten oder Ungunsten in Frankfurt auswärtige Herren wie der König oder der Erzbischof von Mainz intervenierten und damit in den städtischen Herrschaftsraum eingriffen. Aufgrund der Nähe zum Königtum sah Frankfurt – im Unterschied zu fast allen anderen großen Städten im Reich – sich nicht in der Lage, die Juden ganz auszuweisen. Stattdessen entwickelte die Stadt ein neues Konzept, das Kontrolle und Kontaktminimierung in den städtischen Raum übersetzte. Es definiert mit der Mauer die Abgrenzung, mit den Toren die Regeln für Kontakte und Durchlässigkeit, mit den Schließungs- und Öffnungszeiten, die an den jeweiligen christlichen und jüdischen Feiertagen orientiert waren, eine Trennung der religiösen Sphären.

Wie sehr mit dem Ghetto das Bemühen des Rates verbunden war, die Kontrolle über das Verhältnis von Christen und Juden auszudehnen, zeigt die Entwicklung der „Stättigkeiten“, d.h. der mit dem Aufenthaltsrecht der Juden verbundenen rechtlichen Vorschriften: Während bis zur Einrichtung des Ghettos die Zahl der Vorschriften überschaubar blieb und sich auf den Kreditverkehr und die geschäftlichen Beziehungen konzentrierte, nahmen die Bestimmungen danach bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts exponentiell auf über 100 zu. Sie sollten die alltäglichen Kontakte minimieren und das Verlassen der Gasse möglichst einschränken. Ob das tatsächlich immer befolgt wurde, ist sicher zu bezweifeln. Dennoch verbindet sich mit der Einrichtung der Judengasse die Durchsetzung eines konsequenten Abgrenzungskonzepts, das vielleicht die Vertreibung der Frankfurter Juden verhinderte und hinter den Mauern des Ghettos die Entwicklung der Frankfurter Gemeinde zu einem der Zentren jüdischen Lebens in Europa im 16. Jahrhundert ermöglichte. Die Gefahr war jedoch nicht gebannt: 1515/16 und 1614 versuchte Frankfurt erneut, die Juden der Stadt zu vertreiben. Dies blieb erfolglos: Das Ghetto selbst wurde jedoch ein Konzept, dessen Auswirkung auch in unserer Zeit nicht überwunden ist.

## **Kommentar zur Sektion**

Mareike Hartmann (St. Gallen)

Die verlorene Mitte, genauer die Vertreibung aus der Mitte – auf diese Titel möchte ich im folgenden Kommentar Bezug nehmen.

Zunächst daher ein paar Gedanken zur Mitte, verführerisch erscheint in diesem Kontext auch das Wortpaar Zentrum-Peripherie, das aber zugleich kategorisch ein weites und zu umstrittenes Diskussionsfeld bietet, um es hier verwenden zu wollen. Bleiben wir daher beim Wort der Tagung „Mitte“: Zunächst einmal ist das sicherlich räumlich, genauer topographisch zu denken. Für zahlreiche Städte ist belegt, dass Juden in direkter christlicher Nachbarschaft wohnten, arbeiteten und ihre religiösen Stätten hatten. Wie auch in Frankfurt beobachtbar, sind diese Häuser durchaus in der Mitte der Stadt zu verorten. Juden lebten häufig an zentralen Orten, an wirtschaftlich interessanten Straßen mitten in der Stadt. Dies lässt sich auch für zahlreiche andere mittelalterliche Städte beobachten, verweisen möchte ich auf meine nähere räumliche Umgebung, nämlich Zürich, Konstanz und Schaffhausen – entgegen der bis heute in zahlreichen (nicht mit der Forschung der letzten Jahrzehnte vertrauten) Köpfen verankerten Vorstellung von außerhalb lebenden Juden. Einher geht mit dieser Vorstellung auch jene von abgesondert lebenden Juden, was die direkte christliche Nachbarschaft an vielen Orten klar widerlegt. Zugleich ist eine Konzentration jüdischer Wohnorte zu beobachten, die aus rein religiös pragmatischer Sicht sinnvoll, keinesfalls aber mit einer Ghettoisierung zu verwechseln ist, worauf Jörn Christophersen in seinem gestrigen Kommentar auch bereits hinwies. Über diese von Juden bewohnten Häuser ist an einigen Orten mehr bekannt, und es zeigt sich, dass es sich teilweise um prächtige Gebäude, ja man möchte fast von Prestigeobjekten sprechen, handelte – spielten solche Gedanken bei Vertreibungen aber auch bei Verlegungen jüdischer Viertel eine Rolle? Ich möchte damit keineswegs das Bild des „reichen Juden“ stark machen, für ein Gros der jüdischen Bevölkerung blieb solcher Luxus unerschwinglich.

Vertreibungen und Ermordungen stellten Einschnitte dar, die sich auch in der Topographie niederschlugen – es kam zu Verschiebungen, nicht in allen Fällen gelang es den jüdischen Einwohnern bei einer Wiederansiedlung in ebenso günstig gelegenen, zentralen Gegenden Eigentum zu erwerben. Ein Sog aus der Mitte heraus, hin zu den Rändern? An einigen Orten ist zudem recht genau beobachtbar, wie mit ehemals jüdischem Eigentum nach der Tötung der Juden verfahren wurden, welche unterschiedliche, sich teils widersprechende Ansprüche daran geltend gemacht wurden. In Frankfurt, wie auch andernorts, gerieten Juden

zwischen sich streitende Parteien mit unterschiedlichen oder zumindest gegensätzlichen Interessen. Diese Konflikte und Probleme wurden im Vortrag von Fritz Backhaus deutlich – Streit zwischen städtischer Obrigkeit und Stadtherr um die Judensteuern: Wer bekommt welchen Teil, wem steht etwas zu? Es war im Interesse vieler Städte, andere herrschaftliche Gewalten aus ihrem Raum zu verdrängen – Vertreibung der Juden als gutes Mittel, um (je nach Stellung der Stadt) den Einfluss des Königs zu schmälern. Damit einher ging auch die Sorge, dass Kaiser Ansprüche an jüdischem Eigentum äußern könnten, was es als Stadt zu verhindern galt. Dass diese Angst durchaus berechtigt war, hatte sich in früheren Zeiten nach den Pestpogromen gezeigt, als ehemals jüdisches Eigentum in herrschaftlichen Besitz übergang.

Für die spätere Zeit jüdischen Lebens in mittelalterlichen Städten, dabei denke ich vor allem an das 15. Jahrhundert, lässt sich nicht nur in topographischer, sondern auch in rechtlicher Hinsicht eine Verschlechterung ausmachen: Die Aufnahme geschah meist nur noch befristet, es galten stärkere Restriktionen, die das Leben von Christen und Juden separieren sollten – beispielsweise in Schaffhausen wurde der jüdische Besitz eingegrenzt, es wurde ihnen 1462 nur noch erlaubt, zwei Häuser zu besitzen – doch ist dies auch in die allgemein beobachtbare zunehmende Regeldichte des Spätmittelalters einzuordnen.

Ab der Mitte des 15. Jahrhunderts häuften sich Verfolgungen, Ermordungen, Vertreibungen – in vielen Fällen führte dies zu einem Ende der jüdischen Gemeinschaften in der Mitte der Städte, in den meisten Fällen stellte dies gar den vorläufigen Endpunkt jüdischer Gemeinden in den (größeren) Städten überhaupt dar. Über Gründe für Vertreibungen ist zahlreich spekuliert und diskutiert worden – sie reichen von finanziellem Nicht-mehr-Brauchen über theologische Spannung (reformatorische Tendenzen, z. B. Hussiten, Antiwucherpredigten usw.), wirtschaftliche Krisen, veränderte Geldpolitik zu anderweitig benötigten städtischen Räumen, sei es für Universitäten, aber auch allgemein das Umwandeln von ehemals jüdischem Eigentum, vor allem wenn es topographisch günstig gelegen ist, und Juden als Sündenböcke – um nur einen Teil der genannten Thesen zu nennen. Jedenfalls sind vor diesen Ereignissen auch die Frankfurter Diskussionen um die Umsiedlung zu betrachten – alle Beteiligten agierten mit diesem Wissen, in diesem Spannungsfeld – wie auch gestern bereits besprochen – und wie auch bei Backhaus erneut deutlich wurde. Die zeitliche Nähe zu all diesen Ereignissen ist in jedem Fall augenscheinlich: 1442 wies Friedrich darauf hin, dass Juden nicht mehr in der unmittelbaren Umgebung der Kirche ihre Synagoge haben und dort wohnen sollen: direkte Nachbarschaft als Konfliktfall? Backhaus wies in diesem Zusammenhang auf den Einfluss des Basler Konzils hin, das die Forderung, Juden müssten getrennt und möglichst weit entfernt von der Kirche wohnen, nochmals bestärkt hatte. Diese seit mehreren Jahrhunderten geltende

Vorschrift sollte nun umgesetzt werden – doch warum jetzt? Backhaus vermutet, dass Friedrich vermutlich so hoffte, die Vertreibung der Juden, wie andernorts zahlreich geschehen, verhindern zu können. Doch gerade der von Jörg Feuchter geschilderte Nürnberger Fall zeigt eine Flexibilität Friedrichs im Hinblick auf die Vertreibungen – warum ließ er sie an einen Ort geschehen und versuchte sie am nächsten zu verhindern?

Bei der intensiven Befassung mit den Quellen zu Kaiser Friedrich III., auch im Hinblick auf die Frage der Einrichtung der Frankfurter Judengasse, lenkte Feuchter den Blick auf die Frage, welche Art Judenpolitik der Kaiser betrieb. Dabei ist zu beobachten, dass fiskalische Motive eine zentrale Rolle gespielt zu haben scheinen, aber umfassende Forschung zu dieser Thematik steht noch aus. Aus der Zeit der Gefangenschaft der Konstanzer Juden 1443–1448 ist Friedrichs Intervenieren für deren Freilassung gut dokumentiert, zugleich fehlen Sanktionen für die Bodenseestadt, als sie auch nach mehreren Jahren die Juden nicht freiließ – und Friedrich konnte umfassend finanziell von der Gefangenschaft profitieren.

Abschließend noch ein kleiner Ausblick: Auch nach der Vertreibung der Juden aus der Mitte spielten die Städte noch eine Rolle für die kleinstädtisch oder ländlich lebenden Juden, sie kehrten in die Mitte zurück, wenn auch nur tageweise, beispielsweise für den Markt. Mitten unter Christen wohnen – auch danach noch, wie neuere Studien über die Frühe Neuzeit zeigen, nur nicht mehr in den Kathedralstädten oder größeren Städten, sondern in Kleinstädten, an Märkten usw. war dennoch möglich.

## V. Wie erinnern?

### Die Unsichtbarkeit der Mitte – Bericht über eine Spurensuche

Adrian Dietzschold (Frankfurt)

Seit dem 12. Jahrhundert gehört eine jüdische Bevölkerung zur Stadt Frankfurt a. M. Die jüdische Gemeinde, direkt südlich des St. Bartholomäusstifts, im Zentrum Frankfurts angesiedelt, erlitt zwei Pogrome (1241 und 1349). In den 1460er Jahren erfolgte auf maßgeblichen Druck durch Angehörige dieses Stifts die Umsiedlung aus dem Zentrum in eine Judengasse<sup>1</sup> an den Wollgraben entlang der Stadtmauer. Die offiziellen Begründungen waren hauptsächlich religiöser Natur.<sup>2</sup>

Wie werden aber nun heute Informationen zu mittelalterlichen Juden in Frankfurt präsentiert? Wie wird an diese Zeit erinnert? Für diese Untersuchung wird sich auf die eher öffentliche Erinnerungskultur konzentriert, also die Art der Erinnerung, die an öffentlichen Orten angebracht ist, die dazu dient, auch Menschen zu informieren, die nicht aktiv Wissen suchen, also beispielsweise in Museen gehen oder Stadtführungen buchen; kurz gesagt: eine Erinnerungskultur, die öffentliche Wahrnehmung schafft. Gegebenenfalls könnten – und vielleicht auch sollten – diese Erinnerungsorte das Stadtbild prägen.

Untersucht wurde zuerst das St. Bartholomäusstift, einer der Akteure und Ort des Geschehens, und Umgebung. Eine Begehung und die Onlinepräsenz der Dompfarrei lieferten keine Informationen zu Juden, abgesehen vom Südportal: Dieses zeigt eine Personengruppe im Giebel des Portals, von denen die rechts von Maria stehende Person in der mittelalterlichen Tracht der Juden gekleidet ist, gut erkennbar an der Kopfbedeckung. Als auch die kostenlosen Apps „Unsichtbare Orte“<sup>3</sup> und eine interaktive Stadtführung mit mittelalterlichem Fokus – entworfen für die App „Actionbound“ von der Goethe-Universität Frankfurt a. M. – keine mittelalterlichen Juden erwähnte, verlagerte sich die Untersuchung immer weiter auf die

---

<sup>1</sup> Vgl. Heinig, Paul-Joachim (2020), „Hat Kaiser Friedrich III. die Errichtung der Judengasse Zu Frankfurt am Main initiiert? Oder: Zur Relevanz der Reskriptpraxis am Beispiel kanzlei formulierter ‚Adressatenvermerke‘“, in: C. Feller & D. Luger (Hg.), *Semper Ad Fontes. Festschrift Für Christian Lackner Zum 60. Geburtstag*. Veröffentlichungen Des Instituts Für Österreichische Geschichtsforschung, Wien, 85–105 hier: 92, 99.

<sup>2</sup> Backhaus, Fritz (1989), „Die Einrichtung eines Ghettos für die Frankfurter Juden im Jahre 1462“, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, S. 65 & ISG Frankfurt a.M., Ugb. E 43 M 2 (1458 Sept. 2, Wiener Neustadt).

<sup>3</sup> Eine Art digitale Stadtführung betrieben vom Jüdischen Museum und vom Historischen Museum Frankfurt.

Öffentlichkeit des Internets. Die Stadt Frankfurt a. M. liefert auf ihrer Internetseite keine Informationen zu mittelalterlichen Juden. Das Jüdische Museum und das Museum Judengasse haben einen neuzeitlichen Fokus. Und selbst die Jüdische Gemeinde Frankfurt widmet ihrer eigenen Geschichte von ihrer ersten Erwähnung in Frankfurt im 12. Jh. bis 1464 nur vier Sätze, mit Erwähnung der Pogrome.<sup>4</sup> Das Institut für Stadtgeschichte erwähnt immerhin an einer von zwei möglichen Stellen mittelalterliche Juden;<sup>5</sup> der betreffende Satz ist allerdings nicht auf dem Stand der Forschung.

Die Internetseite „Jüdische Orte in Frankfurt am Main“<sup>6</sup> merkt nur kurz die Pogrome und die Einrichtung der Judengasse an. Keines der aufgeführten Denkmäler bezieht sich auf mittelalterliche Juden.<sup>7</sup> Das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS) erwähnt Juden lediglich in Form von jüdischen Grabstätten.

Folgendes Fazit zeigt diese Untersuchung auf: Informationen zu Juden in Frankfurt sind eigentlich nur durch das jüdische Museum und Museum Judengasse präsent und in viel geringerem Umfang durch die Jüdische Gemeinde. Allerdings richten sich viele bzw. alle Details auf die Neuzeit und nicht auf das Mittelalter. Das St.-Bartholomäusstift selbst weist mit der Gestaltung seines Südportals auf Juden hin, jedoch muss man dafür schon den Kontext kennen, um die künstlerische (und auch polemische) Darstellung zu verstehen. Hinweisplaketten selbst ließen sich nicht finden (und wenn Vorhandene trotz Suchens nicht zu finden waren, haben sie ihren Zweck verfehlt!), was allein aufgrund der Verstrickung des Doms in die Zwangsumsiedlung nötig wäre. Die Stadt Frankfurt erwähnt direkt keine mittelalterlichen Juden, denn erst über Links zum Institut für Stadtgeschichte findet man kurze Informationen zu ihnen, allerdings nicht auf dem Stand der Forschung, trotz der Rolle des Rates der Stadt.

Drei allgemeine Schlussfolgerungen lassen sich hieraus ziehen: Es ist durchweg eine schon stiefmütterliche Behandlung des Mittelalters zu erkennen. Zudem ignorieren nicht spezifisch jüdische Institutionen die jüdische Geschichte teils komplett, wenn es sich nicht gerade um die NS-Zeit handelt. Daraus folgt auch die dritte Schlussfolgerung: jüdische Geschichte scheint stark nur sich selbst isoliert zu betrachten. Juden waren jedoch ein Bestandteil der Gesellschaft der jeweiligen Zeit und sollten für eine akkurate Darstellung dieser

---

<sup>4</sup> <https://www.jg-ffm.de/de/gemeinde/geschichte> (zuletzt besucht: 18.08.2021).

<sup>5</sup> <https://www.stadtgeschichte-ffm.de/de/info-und-service/frankfurter-geschichte/zeittafel> (zuletzt besucht: 20.05.2021).

<sup>6</sup> Betrieben von Judaica Europeana, dem Jüdischen Museum und der Universitätsbibliothek Frankfurt a. M.

<sup>7</sup> <http://www.juedisches-frankfurt.de/> (zuletzt besucht: 20.05.2021); <http://www.juedisches-frankfurt.de/orte/die-gedenkstaette-boerneplatz> (zuletzt besucht: 20.05.2021).

auch integriert werden und nicht als Sonderthema von gesonderten Institutionen behandelt werden. Dass die Kirche, in diesem Fall der Dom, dieses Thema komplett ignoriert, trotz der besonderen Rolle, die der Dom bei der Entstehung der Judengasse spielte, und trotz der geographischen Nähe, ist eine auffallende Leerstelle.

## Vorschlag zur Diskussion „Wie erinnern?“

Rainer Josef Barzen (Münster)

An der Stelle des Zentrums der ersten jüdischen Gemeinde in Frankfurt steht heute das wiederaufgebaute Leinwandhaus und ein bei den Frankfurtern beliebtes Café (Metropol am Dom – Café & Restaurant).

Es wäre schön, an diesem Ort als eine erste Station vor dem Museum Judengasse (Mittelalter, Frühe Neuzeit) und dem Jüdischen Museum (Neuzeit) einen Erinnerungsort des jüdischen Lebens zu den Anfängen der jüdischen Gemeinde und der ersten Synagoge zu schaffen (und nicht vordergründig der Verfolgungen). Hier liegt mir die Stelle der Synagoge als Ort des jüdischen Gebets und des Gemeindelebens von mindestens 300 Jahren gegenüber der Südfassade der Bartholomäuskirche sehr am Herzen. Besonders schön wäre, wenn hier noch von Synagoge und Tanzhaus etwas Archäologisches zutage käme, wie die Zeichnungen der Ausgrabungen unter der alten Stadtwaage noch im späten 19. Jahrhundert bezeugt haben. Beide Gebäude wären unter dem heutigen Restaurant zu suchen; der ehemalige Synagogenhof entspricht der Außenfläche mit Tischen hinter dem heutigen Gebäude. Leider lässt das Vorhandensein eines Untergeschosses im Bereich der ehemaligen Synagoge (unter anderem die Toiletten) auch bei mir die Hoffnung kleiner werden, doch noch etwas zu finden.

Dennoch: Das Ziel könnte sein, den Ort anstelle des gegenwärtigen Restaurationsbetriebs durch eine Baulichkeit zu gestalten, die die Geschichte der Synagoge, des jüdischen Viertels, aber auch der Geschichte der alten Mitte der Stadt Frankfurt Rechnung trägt, am besten als Schutzbau von archäologischen Resten, die allerdings noch gefunden werden müssen. Diese museale Station ließe sich als erste Station der jüdischen Museen denken (oder als gemeinsame Station von jüdischem Museum und Stadtmuseum).

## Zusammenfassung der Diskussion „Wie erinnern?“

Christian Buschmann (Frankfurt)

Dorothea Weltecke leitete die öffentliche Diskussion mit der Frage ein, ob Erinnern an das jüdisch-christliche Zusammenleben von der Mitte des 12. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts in Frankfurt von den Teilnehmenden überhaupt für sinnvoll erachtet würde. Unter den anwesenden Vertreter:innen des jüdischen Museums, der jüdischen Religionsschule, des Städtels Frankfurt, des Frankfurter Doms sowie weiteren Redner:innen und Zuhörer:innen der Tagung bestand ein Konsens darüber, – und das ohne jede Diskussion – in sichtbarer Form an die jüdische Gemeinde im spätmittelalterlichen Frankfurt erinnern und damit einen gegenwärtigen Diskurs über das spannungsvolle Zusammenleben von Christen und Juden anregen zu wollen. Diese Zusammenfassung fokussiert sich daher auf die Diskussionsergebnisse und hält konkrete Vorschläge fest, die auf die Frage „Wie erinnern?“ reagieren.

In der Umsetzung niederschwellig sind die vielfach geäußerten Forderungen nach Informations- und Gedenktafeln, die in das Frankfurter Stadtbild integriert und sichtbar aufgestellt werden können. Joachim Valentin (Haus am Dom Frankfurt) betonte, es sei „ja kein Hexenwerk“, eine Tafel im Dom aufzustellen, um auf den unmittelbaren räumlichen Bezug zur jüdischen Synagoge des Mittelalters hinzuweisen. Michael Lenarz (Jüdisches Museum Frankfurt) und Dorothea Weltecke (Uni Frankfurt) weiteten den Vorschlag von Informations- tafeln auf die Frankfurter Altstadt aus, um somit weitere jüdische Gebäude des Mittelalters und Gassen, in den Jüdinnen und Juden lebten, zu berücksichtigen und auf deren Geschichte hinzuweisen. Spannend in diesem Zusammenhang ist vor allem der Vorschlag von Lenarz, einen Hinweis auf die verbauten jüdischen Grabsteine im Dom (ehemals im Anna-Altar, heute noch im Dach des Gebäudes verbaut) anzubringen. Noch weiterführender ist der Vorschlag von Susanne Horst (Uni Frankfurt), die Umrisse der ehemaligen Synagoge im Stadtbild kenntlich zu machen. Erinnerung in das gegenwärtige Frankfurter Stadtbild einzuschreiben, erschien somit einigen Diskussionsteilnehmenden als geeignete Form, um eine aktive Auseinandersetzung mit dem jüdisch-christlichen Zusammenleben in Frankfurt anzuregen. Diese Vorschläge greifen die Topografie des Zusammenlebens im Mittelalter auf, die – so der Beitrag von Fritz Backhaus (Berlin) – aus jüdischer Sicht als eine Topografie des gegenseitigen Handels einerseits und der Gefährdung andererseits dargestellt werden könne, ohne sich erinnerungskulturell allein auf Vertreibung und Tod zu fokussieren. Erinnern in Frankfurt kann diesem Hinweis folgend somit einer Geschichte ständigen jüdischen Leids etwas entgegensetzen.

Dieses Ziel verfolgen weiterführende von den Diskussionsteilnehmenden unterbreitete Vorschläge, die in ihrer Umsetzung eine komplexere Aufarbeitung der historischen Umstände erfordern. Besonders schillernd ist der Vorschlag von Rainer Barzen, ein archäologisches Fenster über der ersten Frankfurter Synagoge anzubringen, um auf das jüdische Leben in der Mitte der Frankfurter Altstadt sichtbar und auffällig hinzuweisen. Ein weiterer in das Stadtbild integrierter Hinweis könnte zudem am Südportal des Doms angebracht werden, um auf die antijüdische Ikonografie des Portals hinzuweisen und dem heutigen Betrachter die Perspektive eines Frankfurter Juden im Mittelalter nahezu legen. Die in der Diskussion unterbreiteten Vorschläge intendieren somit, den selbstverständlichen und unkritischen Blick auf das gegenwärtige Frankfurt als Anlass zu nehmen, um sowohl die christliche als auch jüdische Perspektive der mittelalterlichen Stadtbewohner kenntlich zu machen und das spannungsvolle Zusammenleben von Juden und Christen in der Stadt darzustellen.

Ausgehend von dieser Topografie des Zusammenlebens wurden im Rahmen der Diskussion weitere mögliche Erinnerungsformen angesprochen, die über die Integration in das gegenwärtige Stadtbild hinaus eine rekonstruierende Funktion haben. Neben dem Vorschlag, ein Modell der mittelalterlichen Synagoge (bzw. der gesamten mittelalterlichen Altstadt) aufzustellen, um somit nicht nur einen sichtbaren, sondern auch einen tastbaren Zugang zur Vergangenheit zu eröffnen, umfasst dies auch die Arbeit an einer Time Machine (Jochen Sander). Wissenschaftliche Vorarbeit wäre hier durch die im Rahmen der Tagung mehrfach geforderte Kartografie des spätmittelalterlichen Frankfurts mit seinen jeweiligen jüdischen Häusern zu leisten, die u. a. aufbauend auf der Dissertation von David Schnur zur jüdischen Gemeinde in Frankfurt möglich wäre.

Neben den Vorschlägen, die eine Integration in das gegenwärtige Stadtbild oder eine Rekonstruktion des vergangenen Stadtbilds fordern, wurden im Rahmen der Diskussion zudem diskursive Erinnerungsformen vorgeschlagen, die zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der vergangenen Lebenswirklichkeit christlicher und jüdischer Akteure in Frankfurt anregen. Dies folgt dem grundsätzlichen Einwand, dass Geschichten konkreter historischer Personen und historischer Fälle zugänglicher sind als ein ereignisgeschichtlicher und faktenbasierter Überblick. Einen konkreten Vorschlag stellt hier die Entwicklung eines historischen Planspiels zum jüdisch-christlichen Zusammenleben im Frankfurt des 15. Jahrhunderts dar. Ein Vorbild für die museumspädagogische Umsetzung bietet u. a. das Europäische Hansemuseum. Ein aus den historischen Quellen begründeter Anlass für ein solches zu konzipierendes Planspiel böten die Bittbriefe der jüdischen Gemeinde an den Frankfurter Rat. Gegenstand der Beschwerde sind alltägliche Formen der Diskriminierung, denen sich Jüdinnen und Juden ausgesetzt sahen.

Es stellt sich daran anschließend die Frage, wie dieser innerstädtische soziale Konflikt und dessen Behandlung im Stadtrat (mit der Methode des Planspiels) rekonstruiert werden kann und welche unterschiedlichen Reaktionen des Rats zu einem bestimmten Zeitpunkt im Konfliktverlauf den Teilnehmenden eines Planspiels plausibel erscheinen.

## **Einige Gedanken zum Umgang mit der Erinnerung an die „Verlorene Mitte“**

Gabriela Schlick-Bamberger (Frankfurt)

Historische Orte und ihre Wiederzugänglichmachung erfahren heute aus unterschiedlichen Gründen großes Interesse. So auch in Frankfurt am Main, wo erst kürzlich in dem Bereich zwischen Braubachstraße und Schirn sowie Dom und Römer die 70er-Jahre-Bebauung abgerissen und die „Neue Altstadt“ erbaut wurde. Das übrige Areal der Altstadt besteht weiterhin aus Neubauten der 50er bis 80er Jahre. Das betrifft auch die „verlorene Mitte“, wo die Häuser standen, in denen Frankfurts Juden im Mittelalter lebten und arbeiteten. Diese, nach 1462 abgerissen, waren durch eine neue Bebauung ersetzt worden, die schließlich 1943/44 zerstört worden war. Zeugnisse früherer Baugeschichte sind an diesen Orten heute nicht mehr physisch erfahrbar. Und dennoch scheint es für historisch Informierte und Interessierte, als würden die öffentlich zugänglichen Höfe der heutigen Wohnbebauung südlich des Doms einen vagen Eindruck der mittelalterlichen jüdischen Lebensverhältnisse vermitteln.

Das Erinnern ist dem Judentum immanent. Im jüdischen Kalender sind einschneidende Ereignisse aus 2500 Jahren jüdischer Geschichte als Gedenk- und Fasttage fest integriert und haben vor allem auch in liturgischen Texten ihren Niederschlag gefunden. Insbesondere die Gedenk- und Fasttage beginnen mit der Belagerung der Stadt Jerusalem durch die Babylonier, setzen sich fort in der Zerstörung des Ersten Tempels in Jerusalem, des zentralen jüdischen Heiligtums, bis hin zur Verschleppung des Jüdischen Volkes nach Babylonien. Desweiteren wird der Ereignisse der Zeit des Zweiten Tempels in Jerusalem bis zu dessen Zerstörung und der damit einhergehenden Zerstreung des Jüdischen Volkes in die Diaspora gedacht. Ebenso wird bis heute regelmäßig an die tausenden Opfer der Kreuzzüge und anderer Verfolgungen seitdem, wie an die sechs Millionen Opfer der Shoah, erinnert.

Lokale Verfolgungen und Pogrome schrieben die jüdischen Gemeinden in vormoderner Zeit in Memorbüchern auf und gedachten der Opfer regelmäßig wiederkehrend. So geschah es mit der 1241 erfolgten „Ersten Frankfurter Judenschlacht“. Bei der zweiten 1349 gab es keine Überlebenden, so dass dieses Pogrom nicht verzeichnet wurde. In den seltensten Fällen erhielten Juden Hilfe von Seiten der Obrigkeiten, aber wenn dem einmal so war, fügte die betroffene jüdische Gemeinde eine lokale Erinnerungsfeier in ihren Jahreszyklus ein, wie das „Purim Vinz“, mit dem die Frankfurter Juden ihrer Vertreibung während des Fettmilch-Aufstandes (1612–1614) und ihrer Rückführung 1616 nach Frankfurt durch die kaiserlichen

Truppen gedachten. Diese und ähnliche lokale Erinnerungspraktiken hielten sich bis ins 19. Jahrhundert.

Als in Frankfurt im 19. Jahrhundert unter jüdischen Historikern das Interesse an der Geschichte der Frankfurter Juden und ihrer Gemeinde erwachte, waren die Orte mittelalterlicher jüdischer Ansiedlung südlich des Doms in Saal- und Fahrgasse schon seit Jahrhunderten mit anderen Gebäuden überbaut, von anderen Frankfurtern bewohnt oder bewirtschaftet worden. Gleiches galt auch für die im 19. Jahrhundert abgerissene frühneuzeitliche Judengasse. Das Erinnern an diese Orte vollzog sich, so wie Juden von jeher vertraut, im Schriftlichen.

Es entstanden Publikationen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen der Frankfurter jüdischen Geschichte. Am bedeutendsten für deren Erforschung war der promovierte Historiker und Geschichtslehrer am Philanthropin, der 1804 gegründeten jüdischen Schule, Isidor Kracauer. Seine zweibändige „Geschichte der Frankfurter Juden“, die nach seinem Tod von seiner Frau Hedwig herausgegeben worden war, sollte über Jahrzehnte das Standardwerk zur jüdischen Geschichte in Frankfurt bleiben. Ergänzt wurde das Werk um Materialsammlungen und Publikationen, die vor und während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung teilweise noch in Frankfurt, aber auch im Exil von Frankfurter Juden verfasst oder zusammengestellt worden waren, um die Erinnerung an die einst so bedeutende jüdische Gemeinde und ihre Erinnerungspraktiken wach zu halten. Mit dem Ende der Vorkriegsgemeinde und der Ermordung eines Großteils ihrer Mitglieder trat das Interesse an ihrer Historie vorübergehend in den Hintergrund. Denn für die 1946/47 wiederbegründete Jüdische Gemeinde, deren Mitglieder, alle Überlebende des Naziterrors und mehrheitlich aus anderen Ländern Europas nach Frankfurt zugewandert, stand über Jahrzehnte deren Aufbau und für manche bis heute hauptsächlich die private wie gemeindliche Bewältigung der Traumata der Shoah im Vordergrund. Das Gedenken war vor allem Anderen den ermordeten Familienmitgliedern gewidmet. Weitgehend auf „gepackten Koffern sitzend“ bestand ohnehin für die wenigsten ein Grund sich mit Frankfurts Jüdischer Geschichte zu beschäftigen. Einzelnen, wie unter anderen Paul Arnsberg, war es jedoch wichtig, die Erinnerung an die Vorkriegsgemeinde aufrecht zu erhalten, indem sie zu ihrer Geschichte umfangreich publizierten. Der „Börneplatzkonflikt“ 1987 veränderte die Erinnerungspraxis der Nachkriegsgemeinde. Die bei Bauarbeiten entdeckten Fundamente der historischen Judengasse stießen eine deutschlandweite Diskussion um den Umgang mit Zeugnissen jüdischer Geschichte nach der Shoah an, in die sich auch die Jüdische Gemeinde Frankfurt aktiv

einmischte. Das 1992 als Dependence des Jüdischen Museums eröffnete „Museum Judengasse“ geht darauf zurück.

Das Jüdische Museum, 1988 eröffnet, übernahm fortan neben dem Stadtarchiv als städtische Institution die Aufgabe, die Erinnerung an Frankfurts jüdische Geschichte aufrecht zu erhalten. Im Vorfeld dazu, aber auch seither erforschen nunmehr bis auf wenige Ausnahmen nichtjüdische Historiker und Historikerinnen die Geschichte der Frankfurter Juden. Verdient gemacht um die mittelalterliche jüdische Geschichte hat sich in der Vergangenheit der frühere Leiter des Stadtarchivs Dietrich Andernacht. In jüngerer Zeit ist es David Schnur, der mit einer umfangreichen Studie neues Licht auf Frankfurts mittelalterliche Jüdische Geschichte geworfen hat.

Ebenfalls Ende der 80er Jahre setzte die über zweieinhalb Jahrzehnte dauernde Integration jüdischer Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die vormals kleine Frankfurter Gemeinde ein. Abermals ließen sich jüdische Menschen in Frankfurt nieder, die vorher keinen Bezug zur Stadt und ihrer Geschichte hatten, sich aber, da sie unter anderen Vorzeichen kamen, sehr dafür interessierten. Seit der Jahrtausendwende auftretende „Jubiläen“ der Synagogen und Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde führten eine engere Verbindung zwischen der Jüdischen Gemeinde und dem Jüdischen Museum herbei. Heute besteht eine Kooperation zwischen den beiden Institutionen. Die Erinnerung an Frankfurts jüdische Geschichte und ihre Orte im Stadtbild wird heute jedoch von wesentlich mehr Akteuren getragen.

Wie oben beschrieben, erinnert heute nichts Physisches mehr an die Vergangenheit des Areals südlich des Doms. Gleichwohl bleibt es als Ort jüdischer Ansiedlung im jüdischen wie auch im städtischen Gedächtnis in Form von Text erhalten. Das Interesse an jüdischer Geschichte ist heute größer als je zuvor. Umso wichtiger ist es, das Interesse zu bedienen. Es ist eine Chance, auch die „Verlorene Mitte“ wieder sichtbar zu machen. Und zwar für jede Generation gemäß der für sie zeitgemäßen Art. Auch wenn sich Erinnerungskultur nicht mehr nur in Text erschöpft, ist es jedoch an diesem Ort der Text, der die Basis und ein adäquates Medium zur Darstellung der Verknüpfung von Ort und Geschichte ermöglicht. Es ist auch die Chance, auf die Art und Weise, wie Juden erinnert haben, zurückzugreifen. Texte zur Geschichte sollten per QR-Code abrufbar sein. Für die medienaffinen Generationen könnte Geo-Caching eine Möglichkeit sein, das Gelände zu entdecken. Dabei könnte gesprochener, mit Musik oder Klangkulisse untermalter Text durch einen Rundgang führen, der Erzählungen rund um das Gelände aufbereitet. Eine weitere Möglichkeit könnte eine Augmented-Reality-Inszenierung sein, mittels derer eine Zeitreise ins Mittelalter unternommen werden könnte.

Die Augmented-Reality-Zeitreise und auch das Geo-Caching greifen „spurlos“ visuell in den Ort ein. Anders als eine Tafel, die es natürlich auch geben könnte, um permanent und für alle sichtbar an die jüdische Geschichte im Herzen Frankfurts zu erinnern, etwa an der Rückwand des Carricatura-Museums.

## Vorschlag zur Diskussion „Wie erinnern?“

Christian Buschmann (Frankfurt)

Ein zentrales Ziel des Erinnerns – insbesondere dann, wenn es von staatlichen Bildungsinstitutionen initiiert wird – besteht darin, einen möglichst breiten öffentlichen Diskurs über Geschichte anzustoßen. Dieser Diskurs bezieht sich allerdings nicht nur in rezeptiver Weise auf die Vergangenheit an sich, sondern konfrontiert vielmehr gegenwärtige Vorstellungen über Gesellschaft mit vergangenen Gesellschaftsentwürfen. Erinnern – wie historisches Denken überhaupt – vermittelt dabei die grundlegende Einsicht, es könnte heute auch anders sein, da es schon einmal (oder vielmehr schon immer) anders war. Die Frage „Wie erinnern wir an das jüdisch-christliche Zusammenleben im Spätmittelalter?“ ist in ihrer politischen Dimension daher mit der Frage, wie wollen wir gegenwärtig ein gutes Miteinander einer pluralen Stadtgesellschaft organisieren, untrennbar verbunden. Diese Dimension hat der hier unterbreitete Vorschlag einer partizipativ-reflexiven Form des Erinnerns an das jüdisch-christliche Zusammenleben im spätmittelalterlichen Frankfurt im Blick. Damit werden m. E. drei grundlegende Ziele verfolgt: a) die Immunisierung gegenüber unwissenschaftlichen, aber durchaus tradierten Fehlkzepten über die Stadtgesellschaft im Spätmittelalter; b) die Möglichkeit der imaginativen Ausgestaltung der vergangenen Lebenswelt der Frankfurter Bürger:innen des 13. bis 15. Jahrhunderts; c) die Zukunftsorientierung einer als kritisch zu verstehenden historischen Reflexion.

### a) Immunisierung

Wie kaum eine andere Epoche ist das Mittelalter von einer geschichtskulturellen Vereinnahmung der Gegenwart betroffen. Die Darstellungen von Ritter, König und Edeldame, die uns vom Comic bis zu Spielzeugfiguren in vielfältigen Formen präsent sind, überlagern eine kritische, quellengestützte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (vgl. Buck 2020). In Bezug auf das jüdisch-christliche Zusammenleben im Spätmittelalter ergeben sich nicht zuletzt daraus eine ganze Reihe von prominenten „Fehlkzepten“, die die Art und Weise, wie wir uns die spätmittelalterliche Stadtgesellschaft vorstellen, maßgeblich präformieren. Zu nennen wären folgende Fehlkzepten:

- Die frühneuzeitliche Form der Ghettoisierung spukt in unseren Köpfen herum, ist aber für das jüdisch-christliche Zusammenleben im Hoch- und Spätmittelalter nicht relevant.

- Juden werden als (zumeist stumme) Objekte von Vertreibung und Pogrom dargestellt, ihnen wird keine eigene Agency zugestanden.
- Judenfeindlichkeit als Motivation wird vorausgesetzt und damit ausgeblendet, dass diese auch als Vorwand für banalere Gründe (z. B. stadtgeographische oder politische) vorgeschoben wurde.
- Es wird fälschlicherweise davon ausgegangen, dass der römisch-deutsche König auch in den Städten „durchregieren“ konnte.
- Ein weiteres Fehlkonzepkt besteht schließlich darin, von einer undynamischen, da konfliktarmen, Stadtentwicklung auszugehen. Dies begründet sich aus der Vorstellung einer vertikal wie horizontal undifferenzierten Gesellschaftsstruktur im Mittelalter, die den Großteil der Bevölkerung als unmündige und arme Bauern darstellt.

Exemplarisch zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Vorstellung der frühneuzeitlichen Form der Ghettoisierung von Jüdinnen und Juden in den Städten, die in unseren Köpfen herumspukt, die für das jüdisch-christliche Zusammenleben im Hoch- und Spätmittelalter aber nicht relevant ist. Eine partizipativ-reflexive Form des Erinnerns muss somit zunächst eine geschichtswissenschaftliche Fundierung erhalten, um zumindest das Potenzial zu haben, diese bestehenden „Fehlkonzepkte“ zu revidieren – also gewissermaßen Macht mit Wahrheit konfrontieren zu können

#### b) Imagination

Über die Revision von geschichtskulturell geprägten Fehlvorstellungen hinaus, zielen partizipative Erinnerungsformen darauf ab, die imaginative Ausgestaltung von historischen Vorstellungen zu fördern. Historische Imagination wird dabei verstanden als ein Sich-Verwickeln in die damalige Situation der handelnden Akteure (vgl. Henke-Bockschatz 2000). Dies ermöglicht es, institutionelle Handlungszwänge, denen sich die Akteure in der Geschichte ausgesetzt sahen, wahrzunehmen und eine (selbst-)reflexive Bewertung vom heutigen Standpunkt daran rückzubinden. Dies meint z. B. die Einsicht, dass die Vertreibung der jüdischen Gemeinde aus der Stadt zwar von einem grundsätzlichen Antijudaismus angetrieben wurde, aber eben auch in einem politischen Klima stattfand, das die Judenvertreibung auch in anderen Städten als legitimierte politisches Mittel erscheinen lässt. Somit muss auch berücksichtigt werden, dass Judenfeindlichkeit nicht selten als legitimierender Vorwand für banalere Gründe (z. B. stadtgeographische oder stadtratspolitische) vorgeschoben wurde und es zudem auch zwischen den Gewaltausbrüchen Phasen produktiven Zusammenlebens von

Juden und Christen in den Städten gab. Aktiv an den Erinnerungsformen Partizipierenden wird zugetraut, ebendiese Ambivalenzen einerseits im jüdisch-christlichen Zusammenleben des Mittelalters selbst und andererseits zwischen der durch die Erinnerungsform reduzierten Geschichtsdarstellung und dem, wie es wirklich gewesen sein könnte, auszuhalten.

c) Zukunftsorientierung

„Erinnerung dient der Orientierung einer Gegenwart zu Zwecken zukünftigen Handelns“ (Welzer 2010: 6). Diesem Diktum von Harald Welzer folgend geht es einer partizipativ-reflexiven Erinnerungsform auch (oder vielmehr vor allem) um die Frage, wie wir zukünftig ein gutes Zusammenleben einer pluralen Stadtgesellschaft organisieren wollen. Eine solche Zukunftsorientierung ist unvereinbar mit einer vergangenheitsorientierten Instrumentalisierung insbesondere von Jüdinnen und Juden, denen in rituellen Praktiken des öffentlichen Erinnerns häufig eine passive Rolle in einem „Gedächtnistheater“ (Begriff von Geis und Bodemann 2001) zugewiesen wird. Angemessenes Erinnern spricht den Jüdinnen und Juden des Spätmittelalters dagegen eine Agency zu, im Rahmen derer sie handelten – und häufig aber eben auch nicht handeln konnten. Gerade diese Einsicht in institutionelle Handlungszwänge ist in reflexiver Hinsicht produktiv, um ein Nachdenken über in der Zukunft liegende Freiheitspotenziale für von ausschließenden Praktiken betroffene gesellschaftliche Gruppen anzuregen.

Ein konkreter Vorschlag: Ein Planspiel zum jüdisch-christlichen Zusammenleben im Mittelalter.

Aus den bisher angestellten Überlegungen ergibt sich, dass es grundsätzlich begrüßenswert, aber sicherlich nicht ausreichend ist, sichtbare Merkzeichen im Frankfurter Stadtbild zu verankern, die an die jüdische Gemeinde im Mittelalter erinnern. Darüberhinausgehend braucht es eine lebendige und reflexiv-partizipative Erinnerungskultur, die eine aktive und gegenwärtig dringliche Auseinandersetzung mit dem historischen Gegenstand anstößt. Ein konkreter Vorschlag stellt hier die Entwicklung eines historischen Planspiels zum jüdisch-christlichen Zusammenleben im Frankfurt des 15. Jahrhunderts dar. Ein Vorbild für die museumspädagogische Umsetzung bietet u. a. das Europäische Hansemuseum.

Ein aus den historischen Quellen begründeter Anlass für ein solches zu konzipierendes Planspiel böten die Bittbriefe der jüdischen Gemeinde an den Frankfurter Rat im 15. Jahrhundert. Gegenstand der Beschwerde sind alltägliche Formen der Diskriminierung, denen sich Jüdinnen und Juden ausgesetzt sahen. Es stellt sich daran anschließend die Frage,

wie dieser innerstädtische soziale Konflikt und dessen Behandlung im Stadtrat (mit der Methode des Planspiels) rekonstruiert werden kann und welche unterschiedlichen Reaktionen des Rats zu einem bestimmten Zeitpunkt im Konfliktverlauf den Teilnehmenden eines Planspiels plausibel erscheinen. Das Planspiel als Methode historischen Lernens, das auf die performative Darbietung der historischen Verhandlungssituation abzielt, würde hier einen konkreten Beitrag zur gegenwärtig dringlichen Suche nach reflexiven und partizipativen Formen des Erinnerns leisten können.

## Literaturliste

Andernacht, Dietrich, Michael Lenarz und Inge Schlotzhauer (1987), [Art.] „Frankfurt am Main“, in: A. Maimon & Y. Guggenheim (Hgg.), *Germania Judaica* Bd. 3,1, Tübingen, 346–393.

Backhaus, Fritz (1989), „Die Einrichtung eines Ghettos für die Frankfurter Juden im Jahre 1462“, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 39, 59–86.

Buck, Thomas Martin (2020), „Das Mittelalter – ein ‚erkalteter Erinnerungsort‘ der vormodernen europäischen Geschichte“, in: F. Hinz & A. Körber (Hgg.), *Geschichtskultur – Public History – Angewandte Geschichte*, Göttingen, 513–531.

Furst, Rachel (2008), „Captivity, conversion, and communal identity. Sexual angst and religious crisis in Frankfurt, 1241“, in: *Jewish History* 22, 179–221.

Germania Judaica → siehe oben, unter Andernacht.

Heil, Johannes (1991), „Vorgeschichte und Hintergründe des Frankfurter Pogroms von 1349“, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 41, 105–151.

Heil, Johannes (1991), „Dom und Synagoge in Frankfurt 1150–1866“, in: *Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte* 43, 51–77.

Heil, Johannes (2004), „Die Zeichnung eines Frankfurter Ratsschreibers (ca. 1450) und die Vorstellung von „jüdischer Verschwörung“ im Mittelalter“, in: H. Müller (Hg.), *„...Ihrer Bürger Freiheit“. Frankfurt am Main im Mittelalter. Beiträge zur Erinnerung an die Frankfurter Mediaevistin Elsbet Orth*. (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 22), Frankfurt a. M., 175–195.

Heinig, Paul-Joachim (2020), „Hat Kaiser Friedrich III. die Errichtung der Judengasse zu Frankfurt am Main initiiert? Oder: Zur Relevanz der Reskriptpraxis am Beispiel kanzleiformulierter ‚Adressatenvermerke‘“, in: C. Feller & D. Luger (Hg.), *Semper Ad Fontes. Festschrift für Christian Lackner zum 60. Geburtstag*. (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 76), Wien, 85–105.

Henke-Bockschatz, Gerhard (2000), „Überlegungen zur Rolle der Imagination im Prozess des historischen Lernens.“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 7/8, 418–429.

Kracauer, Isidor (1914), *Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150–1400*. Frankfurt am Main.

Kracauer, Isidor (1927), *Geschichte der Juden in Frankfurt a. M.: (1150–1824)*, Bd. 1. Frankfurt am Main.

Schlüter, Margarete (1995), „Die sogenannte Erste Frankfurter Judenschlacht. Der Pogrom von 1241 in der jüdischen Überlieferung.“ in: F. Backhaus (Hg.), „*Und gross war bei der Tochter Jehudas Jammer und Klage...*“: *Die Ermordung der Frankfurter Juden im Jahre 1241*. Sigmaringen, 93–114.

Schnur, David (2017), *Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau im Mittelalter. Christlich-jüdische Beziehungen, Gemeinden, Recht und Wirtschaft von den Anfängen bis um 1400*. (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 30), Wiesbaden, bes. 176–240.

Schnur, David (2020), „Vom Quartier zur Gasse. Das spätmittelalterliche Judenviertel in Frankfurt a. M. im Spiegel von Inklusion und Exklusion“, in: *Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie* 37, 63–86.

Welzer, Harald (2010), „Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis“, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 25/26, 16–23.

## **Medienresonanz auf die Tagung**

**Zeitungsbeitrag:** Backhaus, Fritz (2021): Frankfurter Judengasse: Am düsteren Ort. Im mittelalterlichen Frankfurt am Main entlädt sich der Hass auf Juden immer wieder in Pogromen. Auch Obrigkeit und Kirche beäugen die Minderheit argwöhnisch. Nur am Stadtrand duldet man sie – im ältesten Ghetto Europas. In: Zeit Geschichte 2021, 16.11.2021 (6).

**Tagungsbericht:** Daab, Chiara, Adrian Dietzschold, Erik W. Pauls, unter Mitarbeit von Jörn R. Christophersen: [Tagungsbericht] Die verlorene Mitte. Eingereicht für das Online-Organ HSozKult – Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften (<https://www.hsozkult.de/>).

**Rundfunkbeitrag:** Götz, Eva-Maria: Verlorene Mitte: Erinnerung ans jüdische Leben im mittelalterlichen Frankfurt/M. Deutschlandfunk, Sendung Tag für Tag, vom 28. Juni 2021 (mit O-Tönen von Michael Lenarz, Dorothea Weltecke und Elisabeth Hollender).

# **Alphabetisches Verzeichnis der Referentinnen und Referenten sowie der Teilnehmenden an der Diskussion**

## **„Wie erinnern?“**

Backhaus, Fritz (Abteilungsdirektor Sammlungen, Deutsches Historisches Museum Berlin)

Barzen, Rainer, Dr. (Westfälische Wilhelms-Universität, Münster)

Battenberg, J. Friedrich, Prof. Dr. (TU Darmstadt, vormals Archivdirektor, Staatsarchiv Darmstadt)

Buschmann, Christian (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Christophersen, Jörn Roland, Dr. (Goethe-Universität Frankfurt am Main, seit Oktober 2021 Humboldt-Universität zu Berlin)

Dietzschold, Adrian (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Eltz, Johannes zu, Dr. (Stadtdekan von Frankfurt am Main)

Feuchter, Jörg, Dr. (Arbeitsstellenleiter Regesta Imperii, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin)

Furst, Rachel, Dr. (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Hartmann, Mareike (Staatsarchiv St. Gallen)

Hollender, Elisabeth, Prof. Dr. (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Lenarz, Michael, Dr. (stellvertretender Direktor, Jüdisches Museum Frankfurt am Main)

Melnikow-Schneidmiller, Elena (Kulturdezernat der Stadt Frankfurt am Main)

Sander, Jochen, Prof. Dr. (stellvertretender Direktor des Städel Museum, Frankfurt am Main)

Schlick-Bamberger, Gabriela (Leiterin der Religionsschule JESCHURUN Frankfurt am Main)

Schnur, David, Dr. (stellvertretender Leiter Landesarchiv Saarbrücken)

Shoham-Steiner, Ephraim, Prof. Dr. (Ben-Gurion University of the Negev, Beer Sheva)

Valentin, Joachim, Prof. Dr. (Direktor der katholischen Akademie Rabanus Maurus,  
Haus am Dom, Frankfurt am Main)

Weltecke, Dorothea, Prof. Dr. (Goethe-Universität Frankfurt am Main, seit Oktober  
2021 Humboldt-Universität zu Berlin)

## Danksagungen

Wir danken den studentischen Hilfskräften, allen voran Filip Busau, B.A. (FU Berlin/HU Berlin) für das Zusammenstellen der Broschüre, Adrian Dietzschold, B.A. und Erik Pauls, B.A. (beide GU Frankfurt am Main) für die Vorarbeiten sowie außerdem Henrik Schönemann (HU Berlin) und Bianca Henze, M. A. Alle Fehler gehen zu unseren Lasten.

## Bildrechte

Sollten versehentlich Bildrechte verletzt worden sein, bitten wir um Mitteilung. Wir werden entsprechende Angaben korrigieren.

## Impressum

Prof. Dr. Dorothea Weltecke, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10999 Berlin; Copyright liegt bei den Autorinnen und Autoren; Universitätsdruckerei Goethe-Universität Frankfurt am Main



Die Tagung wird veranstaltet von POLY (DFG-Kollegforschungsgruppe „Polyzentrik und Pluralität vormoderner Christentümer“, Goethe-Universität) in Kooperation mit dem Haus am Dom und dem Jüdischen Museum Frankfurt.

## Die verlorene Mitte Juden und Christen in Frankfurt am Main bis zur Einrichtung der Judengasse im Jahre 1460

### Mittwoch, 23.6.2021

18:00 *Elisabeth Hollender* (Frankfurt a.M.), Keynote Lecture:  
„Erinnerung an die Verfolgungen in Frankfurt von 1241 in der  
aschkenasischen Liturgie“

### Donnerstag, 24.6.2021

9:00–10:30 **I – Jüdisches Leben in Frankfurt: Ortslagen**  
*Michael Lenarz* (Frankfurt a.M.), „Das erste Frankfurter Judenquartier  
– Zeitreise zu einem unsichtbaren Ort“ (Rundgang durch die Stadt, ab  
Haus am Dom)

11:00–11:15 Begrüßung durch *Dorothea Weltecke* (Frankfurt a.M.)

### II – Aspekte von Praxis und Norm

11:15–12:15 *David Schnur* (Saarbrücken), „Das jüdische Viertel Frankfurts in der  
zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts“

12:30–13:30 *J. Friedrich Battenberg* (Darmstadt), „Normative Entwicklungen der  
christlich-jüdischen Beziehungen im Spätmittelalter“

15:00–15:15 *Jörn Christophersen* (Frankfurt a.M.), Kommentar

### III – Das Innere der Gemeinde

15:15–16:15

*Ephraim Shoham-Steiner* (Beer Sheva), „Frankfurt and Cologne:  
Ashkenazi Communities, where Rabbis were not in the foreground“

16:30–17:30

*Rachel Furst* (München), „The Price of Survival: Rabbinic  
Deliberations in the Aftermath of the Frankfurt Persecutions of 1241“

17:30–18:00

*Elisabeth Hollender* (Frankfurt a.M.), Kommentar und Diskussion

### Freitag, 25.6.2021

### IV – Vertreibung aus der Mitte

9:00–10:00

*Rainer Barzen* (Münster), „Stadtumbau, Motivation und Kontext zur  
Verlegung und Überbauung jüdischer Viertel im Spätmittelalter“

10:15–11:15

*Jörg Feuchter* (Berlin), „Die Rolle Kaiser Friedrichs III. bei der  
Entstehung der Judengasse. Neue Quellenlektüren und  
Kontextualisierungen“

11:30–12:30

*Fritz Backhaus* (Berlin), „Der Konflikt um die Umsiedlung der  
Frankfurter Juden und die Einrichtung eines Ghettos (1430–1470)“

12:30–12:45

*Mareike Hartmann* (St. Gallen), Kommentar

### V – Wie erinnern?

13:15–14:45

„*Öffentliche Diskussion*, Die Gegenwart: Interventionen und Diskussion  
*Jochen Sander* (Frankfurt a.M.): „Zum Portal am Dom“  
*Adrian Dietzschold* (Frankfurt a.M.): „Die Unsichtbarkeit der Mitte –  
Bericht über eine Spurensuche“

Polyzentrik und  
Pluralität vormoderner  
Christentümer



GOETHE  
UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN



JÜDISCHES  
MUSEUM  
FRANKFURT



DFG Deutsche  
Forschungsgemeinschaft

Kaum etwas erinnert in Frankfurt daran, dass von der Mitte des 12. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts Juden in der Mitte der Stadt siedelten. Zweimal, in den Jahren 1241 und 1348, wurde dabei die jüdische Gemeinde in dieser Zeit völlig ausgelöscht. Dennoch, in diesen Jahrhunderten sah und hörte man einander, waren die Wege in der Stadt ebenso verwoben wie die geschäftlichen Beziehungen. Die Begegnungen waren alltäglich. Jüdische Ärzte versahen als Stadtärzte ihren Dienst im Hospital zum Heiligen Geist. Zentrale jüdische und christliche Gebäude standen nah beieinander. Zwar war Frankfurt weder ein bedeutendes kirchliches noch ein rabbinisches Zentrum; in dieser Hinsicht war die Stadt das Hinterland von Mainz. Immerhin bündelte sie dennoch einige Funktionen. Mit der Einrichtung der Judengasse wurde diese gemeinsame Mitte zerstört. Eine Konferenz mit internationaler Beteiligung ging diesen Etappen der Frankfurter Geschichte nach.

Organisation: Dr. Jörn Christophersen, Dr. Jörg Feuchter, Prof. Dr. Dorothea Weltecke  
Leitung: Prof. Dr. Dorothea Weltecke

Polyzentrik und  
Pluralität vormoderner  
Christentümer



JÜDISCHES  
MUSEUM  
FRANKFURT

**DFG** Deutsche  
Forschungsgemeinschaft

